

**Vorbericht  
zum Haushaltsplan  
2015 / 2016  
der  
Bundesstadt Bonn**

# Vorbericht zum Haushaltsplans 2015/2016 einschließlich Finanzplanung 2014 – 2019 nebst Haushaltssicherungskonzept 2015 - 2024 der Bundesstadt Bonn

<b>I.</b>	<b>ALLGEMEINE GRUNDLAGEN .....</b>	<b>1</b>
1.	Einleitung.....	1
2.	Rechtliche Grundlagen .....	1
3.	Drei Komponenten: Ergebnisplan, Finanzplan, Bilanz.....	3
3.1.	Ergebnisplan.....	4
3.2.	Finanzplan.....	5
3.3.	Bilanz .....	5
4.	Produktgruppenorientierte Darstellung.....	6
4.1.	Teilergebnispläne .....	7
4.2.	Teilfinanzpläne .....	7
5.	Haushaltsplan als Gesamtwerk.....	7
5.1.	Haushaltsplan inkl. Finanzplanung .....	7
5.2.	Erläuterungsband I .....	7
5.3.	Erläuterungsband II .....	9
5.4.	Anlagenband .....	9
5.5.	Bezirkspläne .....	9
6.	Budgetierung/Haushaltsplanvermerke .....	10
<b>II.</b>	<b>GESAMTERGEBNISRECHNUNG - HAUSHALTSPLAN 2015/2016 MIT FINANZPLANUNG 2014 – 2019 NEBST HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT (ZEITRAUM 2015 – 2024).....</b>	<b>11</b>
1.	Die Haushaltssatzung der Bundesstadt Bonn .....	11
2.	Allgemeine Ausführungen.....	17
3.	Regelungen zum Haushaltsausgleich .....	20
4.	Gesamtergebnisplan 2015/2016 inkl. Finanzplanung 2014 – 2019 und Haushaltssicherungskonzept 2015 – 2024 .....	28
4.1.	Ordentliche Erträge.....	28
4.1.1.	Steuern und ähnliche Abgaben.....	29
4.1.1.1.	Grundsteuer A und B .....	30
4.1.1.2.	Gewerbsteuer .....	32
4.1.1.3.	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer .....	33
4.1.1.4.	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.....	35

4.1.1.5.	Kompensationsleistungen im Rahmen d. Familienleistungsausgleichs .....	36
4.1.1.6.	Andere Steuern und steuerähnliche Erträge .....	37
4.1.2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen.....	38
4.1.2.1.	Sonstige Transfererträge .....	39
4.1.2.2.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte .....	40
4.1.2.3.	Privatrechtliche Leistungsentgelte .....	40
4.1.2.4.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen .....	41
4.1.2.5.	Sonstige ordentliche Erträge.....	42
4.1.2.6.	Aktiviertete Eigenleistungen.....	42
4.2.	Ordentliche Aufwendungen.....	43
4.2.1.	Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen .....	43
4.2.2.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen .....	45
4.2.3.	Bilanzielle Abschreibungen.....	45
4.2.4.	Transferaufwendungen.....	46
4.2.5.	Sonstige ordentliche Aufwendungen.....	48
4.3.	Finanzergebnis .....	48
<b>III.</b>	<b>GESAMTFINANZPLAN .....</b>	<b>53</b>
1.	Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	53
2.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit.....	54
3.	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.....	55
4.	Städtisches Gebäudemanagement (SGB) .....	57
5.	Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit.....	61
6.	Verschuldung .....	63
7.	Verpflichtungsermächtigung.....	64
<b>IV.</b>	<b>AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPTS (MAßNAHMEN) .....</b>	<b>64</b>
1.	Konsumtive Konsolidierungsvorschläge ohne Eingliederungshilfe und Solidarpakt (in Mio. EUR) .....	65
2.	Investive Konsolidierungsvorschläge (in Mio. EUR) .....	65
3.	Weitere Vorgehensweise .....	65

### 1. Einleitung

Der Landtag NRW hat am 10.11.2004 das Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW - NKFG NRW) beschlossen. Am 01.01.2005 wurde es in Kraft gesetzt, wobei Vorschriften über das Gemeindehaushaltsrecht in der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung geändert wurden.

Der jetzt erstellte Haushaltsplan der Bundesstadt Bonn wird als Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 mit der Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2019 sowie dem **Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2015 - 2024** eingebracht. Ein Haushaltssicherungskonzept ist vorzulegen, da die Bundesstadt Bonn in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren 2012 und 2013 (aufgrund der aktuell im März 2015 abgeschlossenen Jahresabschlussarbeiten 2013) die vom Gesetzgeber erlaubte 5%-Defizitgrenze überschritten hat (vgl. § 76 I Ziffer 2 GO NRW)<sup>1</sup>. Der Haushaltsplan gliedert sich in einen Anlagenband, der die Haushaltssatzung, den Gesamtergebnisplan, den Gesamtfinanzplan und die sonst vorgeschriebenen Anlagen zum Haushaltsplan enthält.

Der Haushaltsplanband umfasst die Gesamt- und Teilergebnispläne sowie den Gesamtfinanzplan und die investiven Teilfinanzpläne.

Weiterhin gibt es den Erläuterungsband I, der die Produktbeschreibungen und Kennzahlen auf Produktgruppenebene darstellt sowie den Erläuterungsband II, der Erläuterungen der Fachämter zu den konsumtiven und investiven Ansätzen der Produktgruppen enthält.

Die Ansätze der Stadtbezirke werden in einem Bezirksband zusammengefasst.

### 2. Rechtliche Grundlagen

Nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist dem Haushaltsplan ein Vorbericht beizufügen. Dieser soll gemäß § 7 GemHVO „...einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans geben. Die Entwicklung und die aktuelle Lage der Gemeinde sind anhand

---

<sup>1</sup> Ratsnewsletter vom 19.03.2015

der im Haushaltsplan enthaltenen Informationen und der Ergebnis- und Finanzdaten darzustellen.“ Außerdem sind die „...wesentlichen Zielsetzungen der Planung für das Haushaltsjahr und die folgenden drei Jahre sowie die Rahmenbedingungen der Planung zu erläutern.“

Um die Eigenverantwortung der Gemeinden für ihre Haushaltswirtschaft noch mehr hervorzuheben, wurde von Seiten des Gesetzgebers auf allgemeingültige Vorgaben zu den im Vorbericht besonders herauszustellenden Sachverhalten verzichtet. Unter dem Gesichtspunkt, einen möglichst vollständigen Überblick über die haushaltswirtschaftliche Lage der Gemeinde zu geben, werden die Entwicklungen bei den wichtigsten Aufwands- und Ertragsarten sowie die bedeutsamen Investitionen dargestellt.

Die Bundesstadt Bonn hat ihren Gesamthaushalt zum 01.01.2008 auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umgestellt. Die bereits vorliegenden und durch den Oberbürgermeister bestätigten Jahresabschlüsse 2008 - 2012<sup>2</sup> wurden unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der gesetzlichen Vorschriften der Gemeindeordnung (GO NRW) und Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) erstellt. Der Jahresabschluss 2013 wird Mitte des Jahres 2015 aufgestellt und durch den Oberbürgermeister bestätigt.

Die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2012 müssen der Kommunalaufsicht zwingend vorliegen, damit der Haushalt des Jahres 2015/2016 inkl. Finanzplanung nebst Haushaltssicherungskonzept genehmigungsfähig ist. Dies ist seitens der Stadt Bonn gewährleistet.

Nach § 76 Gemeindeordnung NRW (GO) (Haushaltssicherungskonzept) hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und darin den nächstmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder erreicht ist, wenn bei der Aufstellung der Haushaltssatzung

1. durch Veränderungen des Haushalts innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder

---

<sup>2</sup> Für die Jahresabschlüsse 2008 – 2010 wendet die Bundesstadt Bonn die Erleichterungsregel gemäß Art. 8 § 4 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes an (NKFVG, GV.NRW. S 432).

3. innerhalb des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Das Haushalts sicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Absatz 2 GO wieder erreicht wird. Im Einzelfall kann durch Genehmigung der Bezirksregierung auf der Grundlage eines individuellen Sanierungskonzeptes von diesem Konsolidierungszeitraum abgewichen werden. Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

„Im Haushaltssicherungskonzept gem. § 76 der GO sind die Ausgangslage, die Ursachen der entstandenen Fehlentwicklung und deren vorgesehene Beseitigung zu beschreiben.“<sup>3</sup> Das Haushaltssicherungskonzept soll die schnellstmögliche Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs gewährleisten und darstellen, wie nach Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen der Haushalt so gesteuert werden kann, dass er in Zukunft dauerhaft ausgeglichen sein wird.

Die Voraussetzungen zur Teilnahme am sogenannten Stärkungspakt des Landes, der Kommunen in NRW konkrete Finanzierungshilfen zur Konsolidierung des Haushalts bereitstellt, erfüllt die Stadt Bonn nach § 4 (2) Stärkungspaktgesetz nicht, da keine Überschuldung (negatives Eigenkapital) in den Jahren 2014 bis 2016 eintritt.

### 3. Drei Komponenten: Ergebnisplan, Finanzplan, Bilanz

Die doppelte Buchführung ermöglicht die Darstellung des Vermögens in einer Bilanz ebenso wie die Abbildung der Ressourcen über Aufwendungen und Erträge in der Ergebnisrechnung in einem geschlossenen System.

Das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen stützt sich auf drei Komponenten:

- (1) Der **Ergebnisplan** und die **Ergebnisrechnung** entsprechen der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung und beinhalten die Aufwendungen und Erträge. Als

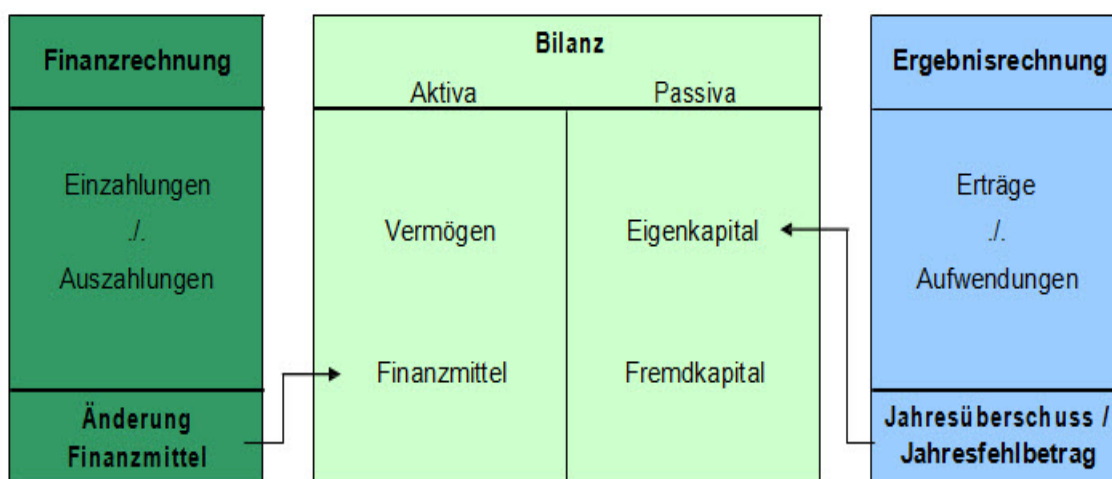
---

<sup>3</sup> GemHVO NRW - §5.

Planungsinstrument ist der Ergebnisplan wichtigster Bestandteil des kommunalen Haushaltes.

- (2) Der **Finanzplan** und die **Finanzrechnung** beinhalten alle konsumtiven, investiven und finanzierungsrelevanten Ein- und Auszahlungen.
- (3) Die **Bilanz** als Nachweis für das Vermögen und dessen Finanzierung. Sie wird nur zum Jahresabschluss erstellt.

Das so genannte „**Drei-Komponenten-System**“ stellt die systematische Verzahnung von Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz dar. In der Bilanz als Darstellung des Vermögens und der Schulden werden die Ergebnisse der Finanzrechnung in der Position „Liquide Mittel“ und die Ergebnisse der Ergebnisrechnung in der Position „Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag“ im Bereich des Eigenkapitals erfasst:



Die doppelte Buchführung im Rahmen des NKF umfasst als Rechnungsstoff sowohl Zahlungsgrößen (Einzahlungen und Auszahlungen) als auch Erfolgsgrößen (Erträge und Aufwendungen). Das wesentliche Ziel dabei ist die Darstellung von Vermögen, Schulden und Eigenkapital sowie des gesamten Ressourcenaufkommens und -verbrauchs.

### 3.1. Ergebnisplan

Im Zentrum der Haushaltsplanung steht der Ergebnisplan. Er beinhaltet Aufwendungen und Erträge. Die Ressourcenverbräuche sind vollständig und periodengerecht erfasst. Vollständig

heißt vor allem einschließlich der bilanziellen Abschreibungen und der erst später zahlungswirksam werdenden Belastungen (z. B. Aufwand für Rückstellungen für Pensionszahlungen). Periodengerecht bedeutet, dass nicht mehr der Zeitpunkt der Zahlung über die Zuordnung zum Haushaltsjahr entscheidet, das belastet wird, sondern der Zeitraum, in dem der Ressourcenverbrauch durch die Verwaltungstätigkeit tatsächlich entsteht (z. B. die im Dezember im Voraus gezahlte Miete, die erst für Januar fällig ist, wird nun auch erst im folgenden Jahr Aufwand).

Im Ergebnisplan werden insbesondere die Positionen der laufenden Verwaltungstätigkeit ausgewiesen. Der Rat ermächtigt hiermit die Verwaltung, die entsprechenden Ressourcen einzusetzen.

### **3.2. Finanzplan**

Da im Ergebnisplan z.B. nur die jährlichen Abschreibungen für die Investitionsobjekte enthalten sind, nicht aber die zu leistenden gesamten Investitionssummen, bedarf es einer ergänzenden Komponente. Hierzu werden im Finanzplan (Gesamtfinanzplan) alle Zahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie die investiven Ein- und Auszahlungen ausgewiesen und durch den Rat beschlossen. Der Finanzplan dient damit auch der Finanzierungsplanung, da er die Höhe der erforderlichen Kreditaufnahme, die Innenfinanzierung von Investitionen bzw. die Tilgung von Krediten in der Planungsperiode ausweist.

### **3.3. Bilanz**

Die dritte Komponente des Haushalts ist die Bilanz. Sie liefert stichtagsbezogene Daten über das Gesamtvermögen und seine Bestandteile, informiert über dessen Finanzierung durch Fremd- und Eigenmittel und macht ausstehende Forderungen und Verbindlichkeiten sichtbar.

Sie zeigt mit den Vermögensarten auf der Aktivseite deren Verwendung. Die herkömmliche kaufmännische Bilanz ist allerdings um kommunalspezifische Besonderheiten erweitert worden. So wird kommunales Vermögen, wie z. B. Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder das Kanalisations- und Straßennetz, gesondert ausgewiesen. Die Passivseite der Bilanz weist die Mittelherkunft aus. Beantwortet wird die Frage, wie das Vermögen der Kommune finanziert wird. Der Saldo aus Vermögen und Schulden ist das Eigenkapital der Stadt. Das Eigenkapital ist jedoch als Rechengröße zu verstehen, es ist keine Liquidität, die auf Bankkonten vorhanden ist.



#### **4. Produktgruppenorientierte Darstellung**

Die wichtigste Funktion des Haushaltsplans ist die sachliche Mittelfestlegung durch den Rat. Dies geschieht dadurch, dass neben dem Ergebnis- und Finanzplan als Ganzes (dem Gesamtergebnis- und Gesamtfinanplan) produktgruppenorientiert gegliederte Teilergebnis- und Teilfinanzpläne beschlossen werden.

Diese werden auf der normierten Produktbereichsebene und der Produktgruppenebene ausgewiesen, wobei die Produktgruppenebene die kumulierten Zahlenwerte der darunter liegenden Produkte darstellt und darüber hinaus die Produktbeschreibung, Kennzahlen, Erläuterungen usw. enthält. So ist die Integration von Leistungsvorgaben und Zielen (Outputorientierung) ein notwendiger Bestandteil des Haushaltsplans.

Die Gliederung des doppischen Haushaltsplans basiert gemäß der Empfehlung des Innenministeriums NRW und des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik auf dem finanzstatistischen Produktrahmenplan. Für die Bundesstadt Bonn wurde die Produktgruppenebene als unterste Ebene zur Darstellung festgelegt, auf die Abbildung der Produktebene im Haushalt wird verzichtet. Auf der Produktgruppenebene werden auch die Haushaltsvermerke ausgewiesen.

Grundprinzip der Darstellungen im Haushaltsplan ist es, alle wichtigen Angaben rund um eine Produktgruppe zusammenzuführen. Dadurch soll erreicht werden, dass die Zusammenhänge besser erkennbar werden. Zu jeder Produktgruppe werden folgende Inhalte ausgewiesen:

- Angabe des Produktbereiches bzw. der Produktgruppe
- Benennung einer Produktverantwortlichen bzw. eines Produktverantwortlichen für jede Produktgruppe. Diese bzw. dieser verfügt über Ressourcenverantwortung.

Organisationsverantwortung sowie Steuerungsmöglichkeiten und -verantwortung hinsichtlich des Zielerreichungsgrades liegen beim Fachamt.

#### **4.1. Teilergebnispläne**

Teilergebnispläne werden auf der Produktgruppenebene erstellt und anschließend auf der Produktbereichsebene aufsummiert. Weiter aggregiert entspricht die Summe aller Teilergebnispläne der Produktbereichsebene den Werten des Gesamtergebnisplans.

#### **4.2. Teilfinanzpläne**

Aufgabe des Teilfinanzplans ist die Darstellung der Mittelherkunft und Mittelverwendung für die Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Im Teilfinanzplan werden daher mit den Investitions-einzelmaßnahmen die investiven Zahlungsströme aus dem Gesamtfinanzplan dargestellt. Auf Produktbereichsebene werden die Investitionsmaßnahmen aggregiert in einer Summe im Teilfinanzplan dargestellt. Das Ergebnis einer Addition der Teilfinanzpläne stimmt folglich hinsichtlich des investiven Bereichs mit dem Gesamtfinanzplan überein.

### **5. Haushaltsplan als Gesamtwerk**

Der Haushaltsplan umfasst neben der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan alle gesetzlichen Anlagen. Aus drucktechnischen Gründen besteht er aus insgesamt fünf Bänden, deren Inhalt im Folgenden kurz beschrieben wird.

#### **5.1. Haushaltsplan inkl. Finanzplanung**

Der Haushaltsplan enthält in einem Gesamtband das komplette Zahlenwerk einschließlich aller Teilergebnispläne sowie der investiven Teilfinanzpläne nach den einzelnen Produktbereichen.

#### **5.2. Erläuterungsband I**

Nach § 12 GemHVO NRW ist der Produkthaushalt künftig an produktorientierten, operativen Zielen und Kennzahlen aufzustellen, die auf ein Leitbild und strategische Ziele und Wirkungen auszurichten sind. Die Schaffung eines (haushaltspolitischen) Leitbildes ist originäre Zuständigkeit des Rates, der diese Aufgabe gem. § 41 GO NRW nicht übertragen kann.

Als wesentliches Reformziel sieht der Gesetzgeber unter dem Stichwort "Neues Steuerungsmodell" die Steuerung mit fest vereinbarten Zielvorgaben für die gemeindlichen Dienstleistun-

gen. Gem. den §§ 4 Abs. 2 und 12 GemHVO NRW sind sowohl die Ausweisung von produkt(gruppen)orientierten Zielen als auch die Bildung von Kennzahlen mit dazugehörigen Planwerten verpflichtender Bestandteil des Haushaltsplanes und des Jahresabschlusses.

In Anwendung dieser gesetzlichen Vorgaben hat der Rat der Stadt Bonn in seiner Sitzung am 18.02.2010 die Einführung eines an Wirkungen ausgerichteten Haushalts beschlossen. Danach ist der Produkthaushalt künftig orientiert an einem Leitbild und an Zielen und Wirkungen aufzustellen.

Hierzu hat der Hauptausschuss am 07.09.2011 die Einrichtung einer interfraktionellen Projektgruppe mit klar formulierten Aufträgen beschlossen (Detailerläuterungen siehe Vorwort zum Erläuterungsband I). Im Rahmen der Projektarbeit wurden mit den Piloten der ersten Welle insgesamt 9 Produktgruppen (IT-Betrieb, Musikschule, Amt für Kinder-, Jugend- und Familie, Fahrradhauptstadt 2020/anteilig) wirkungsorientiert umgestellt. In der zweiten Welle stehen die Produktgruppen des Referates Vergabedienste, der Volkshochschule, des Amtes für Soziales und Wohnen sowie der Kämmerei mit insgesamt 22 Produktgruppen zur Überführung in den wirkungsorientierten Haushalt an.

Als erster Baustein aus der Projektarbeit zum wirkungsorientierten Haushalt haben die „7 Bindungsgrade“ in das Anmeldeverfahren der Ämter zum Doppelhaushalt 2015/2016 Aufnahme gefunden. Diese Bindungsgrade verbunden mit weiteren Informationen (Ansatzhöhe, Laufzeit der Bindung etc.) geben Auskunft darüber:

- ob und in welchem Umfang die Gemeinde zur Leistung einer Auszahlung/eines Aufwandes verpflichtet ist,
- welche Handlungsspielräume es für die gemeindliche Aufgabenerfüllung gibt,
- welcher Umfang an Konsolidierungsmasse unter Berücksichtigung der zeitlichen Bindung vorhanden ist.

Außerdem können sie ein wichtiges Steuerungsinstrument im Haushaltsplanaufstellungsverfahren und in der unterjährigen Bewirtschaftung sein.

Im Fokus der Weiterentwicklung des Bonner Haushalts steht die Integration von Leistungs- und Ressourcensteuerung mit der Intention transparent zu machen,

- welche kommunalpolitischen Ziele verfolgt werden,
- welche Leistungen/ Produkte hierfür bereitgestellt werden,
- welche Ressourcen hierfür zur Verfügung stehen (sollen).

Zurzeit besteht der nächste Projektschritt in der Verknüpfung von Ressourcenzielen mit den gebildeten strategischen und operativen Zielen, die für eine Steuerung unerlässlich ist, und Grundlage des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens künftiger Jahre darstellt.

Gem. Beschluss der Interfraktionellen Projektgruppe orientiert sich der Projektfahrplan für den wirkungsorientierten Haushalt am Arbeitsplan der Projektgruppe 2015, insbesondere im Hinblick auf die sich aus den Organisationsberatungen ergebenden Änderungen und Umstrukturierungen von Ämtern und Organisationseinheiten.

Ein haushaltspolitisches Leitbild mit einem strategischen Zielsystem wird von den Fraktionen zurzeit erarbeitet und soll in dieser Ratsperiode verabschiedet werden.

### **5.3. Erläuterungsband II**

Der Erläuterungsband II enthält in Teil 1 die inhaltlich Beschreibung bestimmter konsumtiver Haushaltsansätze der Teilergebnispläne auf Zeilenebene. In Teil 2 werden die Investitions-einzelmaßnahmen produktgruppenweise dargestellt und erläutert. In Teil 3 werden die Haushaltsvermerke listenweise aufgeführt. Der Teil 4 enthält auszugsweise den Kontenplan der Bundesstadt Bonn (Ertrags- und Aufwandskonten / Einzahlungs- und Auszahlungskonten).

### **5.4. Anlagenband**

Im Anlagenband werden zudem die Haushaltssatzung, der Gesamtergebnisplan, der Gesamtfinanzplan, der Vorbericht und die Pflichtanlagen zum Haushaltsplanentwurf aufgenommen. **Im Vorbericht sind zudem die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Detail dargestellt.**

### **5.5. Bezirkspläne**

In den Bezirksplänen sind separat für die Stadtbezirke Bonn, Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg die Produktbereiche für den konsumtiven und investiven Bereich aufgeführt, zu denen der jeweiligen Bezirksvertretung ein Beschluss- bzw. Anhörungsrecht zusteht.

## **6. Budgetierung/Haushaltsplanvermerke**

Um der gewünschten dezentralen Ressourcenverantwortung und flexiblen Bewirtschaftung Rechnung zu tragen, werden Budgetregeln formuliert. Die Gemeinde kann nach § 21 GemHVO Budgets als Bewirtschaftungsinstrument bilden und eigenverantwortlich entsprechende Bewirtschaftungsregeln bzw. Bewirtschaftungsvorbehalte festlegen. Die Liste der Haushaltsvermerke ist als Teil 3 des Erläuterungsbandes II beigefügt.

## **II. Gesamtergebnisrechnung - Haushaltsplan 2015/2016 mit Finanzplanung 2014 – 2019 nebst Haushaltssicherungskonzept (Zeitraum 2015 – 2024)**

### **1. Die Haushaltssatzung der Bundesstadt Bonn**

#### **Haushaltssatzung der Bundesstadt Bonn für die Haushaltsjahre 2015/2016**

Aufgrund der §§ 78ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878), hat der Rat der Bundesstadt Bonn mit Beschluss vom 07.05.2015 folgende Haushaltssatzung erlassen:

#### **§ 1 Ergebnisplan und Finanzplan**

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2015 und 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Bundesstadt Bonn voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Zahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit einem

**2015**

**2016**

Gesamtbetrag der Erträge auf	1.117.368.433,47 EUR	1.089.582.037,57 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.159.316.395,24 EUR	1.160.139.263,37 EUR

im Finanzplan mit einem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.082.579.538,00 EUR	1.058.093.766,10 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.057.771.846,79 EUR	1.059.344.602,25 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	84.158.898,00 EUR	70.918.673,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	199.440.999,77 EUR	186.162.536,00 EUR
davon Auszahlungen für die Beschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	5.231.461,54 EUR	2.561.119,32 EUR

festgesetzt.

## § 2 Kreditermächtigungen für Investitionen

**2015**

**2016**

Der Gesamtbetrag der Kredite (ohne Umschuldung), deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf	115.282.101,77 EUR	115.243.863,00 EUR
--	--------------------	--------------------

festgesetzt.

### § 3 Verpflichtungsermächtigungen

**2015**

**2016**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf	59.752.000,00 EUR	37.062.000,00 EUR
---	-------------------	-------------------

festgesetzt.

### § 4 Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage

**2015**

**2016**

Die Ausgleichsrücklage ist aufgebraucht und kann nicht zum Ausgleich des Ergebnisplans eingesetzt werden.	0,00 EUR	0,00 EUR
Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf	41.947.961,77 EUR	70.557.225,80 EUR

festgesetzt.

### § 5 Kredite zur Liquiditätssicherung

**2015**

**2016**

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf	1.400.000.000 EUR	1.400.000.000 EUR
---	-------------------	-------------------

festgesetzt.



## **§ 6 Steuersätze**

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden durch besondere Hebesatzsatzung wie folgt festgesetzt:

	2015	2016
1. Grundsteuer		
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	340 v.H.	340 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	680 v.H.	680 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	490 v.H.	490 v.H.

## **§ 7 Haushaltssicherungskonzept**

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2021 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans 2015/2016 umzusetzen.

## **§ 8 Regelungen zur Bewirtschaftung**

1. Planungen zu Investitionsvorhaben über 2 Mio. EURO, die durch eigene Kräfte oder Dritte erstellt werden, sind vorab dem Bau- und Vergabeausschuss, dem Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz, dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dies betrifft auch die Umsetzung von bereits früher beschlossenen Planungen.

Nach Zustimmung durch die Gremien sind die Planungen mit einer Kostenschätzung gem. der Leistungsphase 1 u. 2 HOAI zu erstellen.

Nach Ermittlung der Kosten gem. Leistungsphase 1 u. 2 sind diese erneut den genannten Gremien vorzulegen, damit sie in Kenntnis der geschätzten Gesamtkosten des Projektes entscheiden können, ob das Projekt realisiert und in den Haushalt bzw. die dazugehörige mittelfristige Finanzplanung aufgenommen wird.

2. Neue investive Maßnahmen, deren Gesamtkosten über 250.000 EUR betragen, sind zu Gunsten des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen gesperrt.
3. Mit Maßnahmen, für die Zuweisungen bewilligt werden, darf erst begonnen werden, wenn sichergestellt ist, dass die Vorfinanzierung nicht über 12 Monate hinausgeht.

Maßnahmen, für die Zuweisungen bewilligt werden, dürfen erst begonnen werden, wenn ein Bewilligungsbescheid vorliegt. Werden mögliche Zuweisungen nicht oder nicht in der geplanten Höhe bewilligt, dürfen die Maßnahmen nur nach besonderem Beschluss des Rates begonnen werden. Dabei ist eine Deckung für den fehlenden Zuschuss zu beschließen.

4. Freigaben für den investiven Haushalt werden durch den Stadtkämmerer bewilligt. Für die Durchführung von Maßnahmen, die nicht im Einzelnen erläutert sind, ist die Genehmigung des Kämmerers erforderlich.
5. Es kann durch Zweckbindungsvermerk bestimmt werden, dass Mehrerträge/Mindererträge bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen erhöhen bzw. vermindern. Dies gilt entsprechend für Mehreinzahlungen und Mehrausgaben für Investitionen.  
Über den Haushaltsansatz hinausgehende, durch Vermerk zweckgebundene Erträge/Einzahlungen, können grundsätzlich nach der Genehmigung durch den Stadtkämmerer für Mehraufwendungen/-auszahlungen verwendet werden. Diese Mehrausgaben gelten nicht als überplanmäßige Ausgaben.
6. Die Mittel im Ergebnis- und Investitionshaushalt sind entsprechend den Wirkungsvorgaben, Zielvereinbarungen und Zweckbindungen zu verwenden. Umschichtungen innerhalb eines Budgets, die zu einer Veränderung der vereinbarten Wirkungsvorgaben, Zielvereinbarungen

und Zweckbindungen führen, sind nur im Benehmen mit den zuständigen Fachausschüssen zulässig. Soweit der Haushalt keine eindeutigen Wirkungsvorgaben, Zielvereinbarungen und Zweckbindungen enthält, sind die Mittel entsprechend den Produktinformationen zu verwenden.

#### 7. Budgetverantwortung

Der/Die Verantwortliche für die jeweilige Budgetebene stellt sicher, dass das durch den Haushaltsplan vorgegebene Gesamtbudget seiner/ihrer Budgetebene im Falle eines Zuschussbudgets nicht überschritten und im Falle eines Überschussbudgets nicht unterschritten wird. Die Budgetverantwortlichen sind für einen effektiven und wirtschaftlichen Einsatz der ihnen anvertrauten Ressourcen zuständig. Im Haushaltsplan wird zu jeder Produktgruppe der/die Budgetverantwortliche genannt. Von ihm/ihr sind die nicht zu vermeidenden über den Haushaltsansatz hinausgehenden Mehraufwendungen durch Minderaufwendungen bzw. Mehrerträge innerhalb des Fachbudgets bzw. ansonsten unter Einbindung der Dezernatsleitung im Dezernatsbudget aufzufangen. Zusätzlich wird der Stadtkämmerer beauftragt, geeignete Bewirtschaftungsmaßnahmen zur strengen Haushaltsführung zu treffen.

#### 8. Budgetüberschreitungen

Über- und außerplanmäßige Ausgabeermächtigungen, die nicht aus dem Budget des jeweiligen Dezernates gedeckt werden können, bedürfen der Genehmigung durch den Rat. Ab Juli eines Jahres erfolgt bei Abweichungen von +/- 100.000 Euro vom beschlossenen Haushaltsansatz in einer Produktgruppe eine Abweichungsanalyse, die dem Finanzausschuss zur Beratung vorgelegt wird (siehe DS 1511258AA7, Ziffer 6).

### **§ 9 Stellenplan**

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (k. u.) und "künftig wegfallend" (k. w.) werden unverzüglich an dieser Stelle wirksam. Die/Der Stelleninhaberin/Stelleninhaber wird zeitnah auf eine andere Stelle umgesetzt.

Es gilt ein Einstellungsstopp ab Entgeltgruppe 8 für befristete und unbefristete Stellen. Hiervon ausgenommen sind die Bereiche Kindergärten, Offene Ganztagschulen (OGS) und Jobcenter. Die Einstellung und Ausbildung von Nachwuchskräften und deren Übernahme sind vom Einstellungsstopp nicht betroffen.

Für alle frei werdenden Stellen gilt eine Wiederbesetzungssperre von 12 Monaten. Hiervon sind die Bereiche Kindergärten, Offene Ganztagschulen (OGS), die wirtschaftlichen Hilfen beim Amt für Soziales und Wohnen, Jobcenter und die Fachdienste für Familien- und Erziehungsdienste beim Amt für Kinder, Jugend und Familie ausgenommen.

Von den vorstehenden Regelungen kann in begründeten Fällen über den Verwaltungsvorstand mit Zustimmung des Hauptausschusses abgewichen werden.

Der Stellenplan für 2015/2016 wird in der Fassung des Ratsbeschlusses vom 07.05.2015 festgestellt.

## **2. Allgemeine Ausführungen**

Da die Fehlbeträge der Haushaltsjahre 2012 und wie erst zu Beginn des Jahres 2015 im vorläufigen Jahresabschluss 2013 festgestellt, die für die Aufstellung eines pflichtigen Haushaltssicherungskonzeptes maßgebliche sogenannte „5 % - Grenze“ übersteigen, ist die Bundesstadt Bonn nach der GO NRW § 76 (1) verpflichtet, mit dem Haushaltsplan 2015/2016 zugleich ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. In diesem ist darzustellen, dass spätestens in 10 Jahren (= 2024) die Erträge ausreichen, um die Aufwendungen zu decken bzw. diese übersteigen.

Mit der Verabschiedung des Haushaltsplans 2015/2016 am 07.05.2015 wurden Vorschläge zur Konsolidierung des Haushalts beschlossen (siehe hierzu Punkt IV. dieses Vorberichtes).

Nach § 7 (1) der GemHVO soll der Vorbericht einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes geben. Im Folgenden werden insbesondere

- die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen,
- die wesentlichen Einzahlungs- und Auszahlungspositionen,
- die wichtigsten Investitionsmaßnahmen,
- die Entwicklung der Liquiditäts- und Schuldensituation und
- die Berechnungsgrundlagen für Schlüsselzuweisungen, Gewerbesteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Landschaftsumlage erläutert.

Zusätzlich wird gemäß der Vorgaben des Erlasses zu § 76 GO NRW, der Orientierungsdaten des Landes sowie der Steuerschätzdaten für den Mittelfristplanungszeitraum sowie den voraussichtlichen Ergebnissen des Vorjahres die Ergebnisentwicklung bis zum Jahr 2024 prognosti-

ziert, wobei die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zur Erreichung eines genehmigungsfähigen HSK eingerechnet wurden.

Die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2015 / 2016 und die Finanzplanung 2017 – 2019, welche die für die Erfüllung der Aufgaben der Bundesstadt Bonn voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthalten, werden wie folgt festgesetzt:

Haushaltsplan 2015/2016

Bundesstadt Bonn

STADT.  
CITY.  
VILLE.  
BONN.

Gesamtergebnisplan		Ergebnis des Jahres 2012	Ergebnis des Jahres 2013	Ansatz des Vorjahres 2014	Ansatz des Haushalts- jahres 2015	Ansatz des Haushalts- jahres 2016	Planung des Haushalts- jahres 2017	Planung des Haushalts- jahres 2018	Planung des Haushalts- jahres 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	Steuern und ähnliche Abgaben	457.353.386	463.732.636	515.782.061	551.593.813	545.124.781	547.067.579	558.869.600	558.123.776
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	110.410.604	195.239.316	210.234.647	214.210.561	189.941.999	203.227.491	216.016.764	236.862.769
3	+ Sonstige Transfererträge	5.394.122	6.501.926	7.102.500	5.500.000	5.500.000	5.500.000	5.500.000	5.500.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	173.568.533	187.512.820	179.856.464	184.741.911	181.956.580	185.041.584	187.638.657	190.286.288
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.105.008	19.863.918	23.192.970	24.188.264	28.340.412	27.298.624	28.927.002	29.929.826
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	45.526.434	66.547.211	56.114.275	72.238.689	73.788.230	75.195.411	75.653.023	76.858.543
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	58.000.744	71.502.454	50.931.347	60.000.000	60.000.000	60.000.000	60.000.000	60.000.000
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	1.779.144	2.036.320	1.170.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
9	+/- Bestandsveränderungen	93.970	-81.037						
10	= Ordentliche Erträge	873.231.945	1.014.875.964	1.044.384.284	1.113.973.258	1.086.152.002	1.104.830.689	1.134.105.046	1.159.061.202
11	- Personalaufwendungen	262.546.555	250.402.157	251.213.090	279.058.036	283.019.622	285.496.492	283.058.901	289.964.224
12	- Versorgungsaufwendungen	34.159.990	25.334.254	28.316.676	30.745.000	27.410.000	30.470.000	27.930.000	30.990.000
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	163.940.885	143.136.059	145.493.344	163.682.708	168.948.069	170.263.368	171.222.040	173.345.691
14	- Bilanzielle Abschreibungen	76.734.778	70.708.911	71.533.847	71.622.957	72.848.286	71.636.968	71.013.522	73.020.821
15	- Transferaufwendungen	387.179.965	435.148.607	441.347.828	461.120.870	454.127.296	463.302.276	465.237.246	474.707.550
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	129.512.607	132.682.359	113.292.735	119.728.121	117.808.013	119.374.974	119.817.083	120.549.477
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.056.074.800	1.057.412.347	1.051.157.520	1.125.957.692	1.124.161.286	1.140.546.098	1.138.278.792	1.162.597.763
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 und 17)	-182.842.855	-42.536.783	-6.813.236	-11.984.434	-38.009.284	-35.715.409	-4.173.746	-3.536.561

Haushaltsplan 2015/2016									
Bundesstadt Bonn									
STADT. CITY. VILLE. BONN.									
Gesamtergebnisplan		Ergebnis des Jahres 2012	Ergebnis des Jahres 2013	Ansatz des Vorjahres 2014	Ansatz des Haushalts- jahres 2015	Ansatz des Haushalts- jahres 2016	Planung des Haushalts- jahres 2017	Planung des Haushalts- jahres 2018	Planung des Haushalts- jahres 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
19	+ Finanzerträge	7.114.784	4.684.403	6.315.104	3.395.176	3.430.035	3.438.023	5.544.954	6.670.734
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	35.611.047	32.239.188	42.517.425	33.358.703	35.977.976	38.889.939	42.644.491	44.367.777
21	= Finanzergebnis (Zeilen 19 und 20)	-28.496.263	-27.554.785	-36.202.321	-29.963.527	-32.547.941	-35.451.916	-37.099.537	-37.697.043
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	-211.339.118	-70.091.568	-43.015.557	-41.947.961	-70.557.225	-71.167.325	-41.273.283	-41.233.604
23	+ Außerordentliche Erträge	4.009.772							
24	- Außerordentliche Aufwendungen								
25	= Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 und 24)	4.009.772	0	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (Zeilen 22 und 25)	-207.329.346	-70.091.568	-43.015.557	-41.947.961	-70.557.225	-71.167.325	-41.273.283	-41.233.604
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage									
27	+ Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen		151.010						
28	- Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen		95.051						
29	= Verrechnungssaldo (Zeilen 27 und 28)	0	246.061	0	0	0	0	0	0

Die Jahresergebnisse zeigen, dass bis einschließlich 2020 die Erträge nicht ausreichen, um die Aufwendungen zu decken, so wie gesetzlich in § 75 GO NRW gefordert wird. Innerhalb des 10-Jahres-Zeitraumes des Haushaltssicherungskonzeptes wird im Jahr 2021 über die vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen der Haushaltsausgleich erreicht.

In dem jetzt vorgelegten Haushaltsplan 2015/2016 sind die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung berücksichtigt. Unter dem Motto „Bonn packt's an!“ konnten die Bürgerinnen und Bürger zum dritten Mal vom 14.11.2014 bis 12.12.2014 die Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung online bewerten sowie eigene Vorschläge einbringen. Die durch die Bürgerschaft beurteilten Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung sowie die bestbewerteten Bürgervorschläge wurden im Anschluss durch die Verwaltung mit Stellungnahmen versehen und im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens in die jeweiligen Fachausschüsse eingebracht, beraten und letztlich durch den Rat entschieden.

### **3. Regelungen zum Haushaltsausgleich**

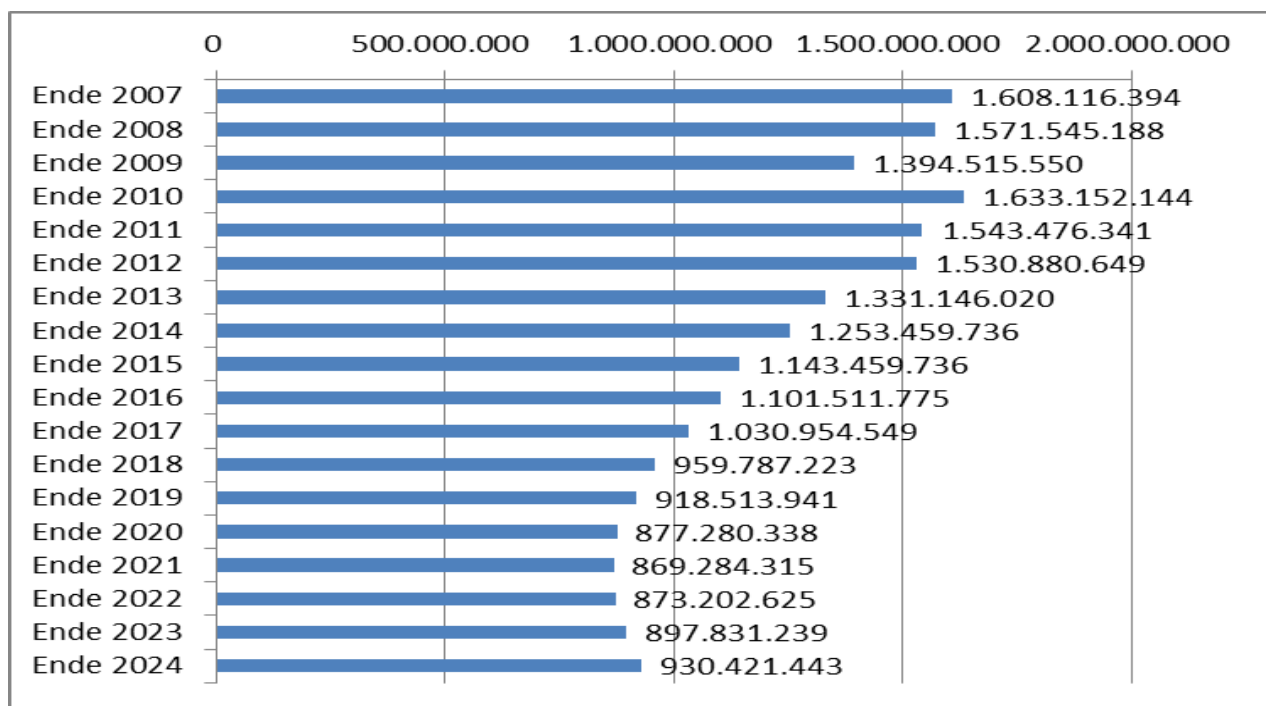
Der Haushalt muss gemäß § 75 Abs. 2, Ziffer 1 GO NRW in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Das ist der Fall, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Maßgebend für den Haushaltsausgleich ist der Ergebnisplan.

Die o.g. gesetzliche Verpflichtung gilt auch dann als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können und die allgemeine Rücklage nur in bestimmten, vorgegebenen Grenzen herabgesetzt wird. Aus der nachfolgenden Rechnung kann nachvollzogen werden, dass in den Jahren 2012 und 2013 die vorgegebene Grenze des 2. HSK-Kriteriums überschritten wird. Insofern ist ein pflichtiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Aus der nachfolgenden Tabelle wird dies deutlich:

Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage unter Berücksichtigung Jahresabschlüsse und aktueller Planungsstand													
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Datenbasis	Jahresrechnung	vorläufige Jahresrechnung	Fortschreibung Finanzplanung HPL 2013/2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
I. Jahresbeginn													
Stand Eigenkapital zum 01.01.	1.543.476.341	1.530.880.649	1.331.146.020	1.253.459.736	1.143.459.736	1.101.511.775	1.030.954.549	959.787.223	918.513.941	877.280.338	869.284.315	873.202.625	897.831.239
Summe, davon	1.543.476.341	1.530.880.649	1.331.146.020	1.253.459.736	1.143.459.736	1.101.511.775	1.030.954.549	959.787.223	918.513.941	877.280.338	869.284.315	873.202.625	897.831.239
Ausgleichsrücklage	22.034	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Allgemeine Rücklage	1.542.799.241	1.530.225.584	1.322.896.239	1.252.804.671	1.142.804.671	1.100.856.709	1.030.299.483	959.132.158	917.858.875	876.625.273	868.629.249	872.547.560	897.176.173
Sonderrücklage	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065
Veränderung Allgemeine Rücklage	-11.554.296	-207.329.345	-70.091.568	-110.000.000	-41.947.962	-70.557.226	-71.167.326	-41.273.282	-41.233.603	-7.996.023	3.918.311	24.628.614	32.590.205
Ausgleichsrücklage	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Allgemeine Rücklage	1.531.244.945	1.322.896.239	1.252.804.671	1.142.804.671	1.100.856.709	1.030.299.483	959.132.158	917.858.875	876.625.273	868.629.249	872.547.560	897.176.173	929.766.378
Neuberechnung Allgemeine Rücklage nach K-Buchungen	1.530.225.584	1.330.490.955	1.252.804.671	1.142.804.671	1.100.856.709	1.030.299.483	959.132.158	917.858.875	876.625.273	868.629.249	872.547.560	897.176.173	929.766.378
Sonderrücklage	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065	655.065
Eigenkapital zum 31.12.	1.530.880.649	1.331.146.020	1.253.459.736	1.143.459.736	1.101.511.775	1.030.954.549	959.787.223	918.513.941	877.280.338	869.284.315	873.202.625	897.831.239	930.421.443
IV. HSK-Grenze (5 % von III. Allgemeine Rücklage)	76.511.279	66.524.548	62.640.234	57.140.234	55.042.835	51.514.974	47.956.608	45.892.944	43.831.264	43.431.462	43.627.378	44.858.809	46.488.319
V. Jahresergebnis													
Summe Jahresergebnis/bereinigter Gesamtergebnisplan	-207.329.345	-70.091.568	-110.000.000	-41.947.962	-70.557.226	-71.167.326	-41.273.282	-41.233.603	-7.996.023	3.918.311	24.628.614	32.590.205	52.093.490
VII. Prüfung HSK-Notwendigkeit													
HSK-Grenze unterschritten um (Pluswert)	0			15.192.272			6.683.325	4.659.341	35.835.240	47.349.773	68.255.992	77.449.013	98.581.809
HSK-Grenze überschritten um (Minuswert)	-130.818.066	-3.567.020	-47.359.766		-15.514.390	-19.652.351							



In der nachfolgenden Grafik „Entwicklung des Eigenkapitals“ wird aufgezeigt, dass die Stadt Jahr für Jahr Eigenkapital im beträchtlichen Umfang verbraucht (Ende 2007 – Ende 2024 = rd. 678 Mio. EUR). Alleine in den Jahren von Ende 2014 – Ende 2024 werden noch rund 323 Mio. EUR Eigenkapital aufgezehrt. Es wird aber auch deutlich, dass bei Umsetzung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen das Eigenkapital im Jahr 2022 wieder zunimmt.



Aufgrund eines Sondereffektes ist es im Jahr 2010 aus den nachträglich durchgeführten Korrekturen zur Eröffnungsbilanz auf Grund der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) zu einer deutlichen Erhöhung des Eigenkapitals gekommen. Der Gesamtzuwachs in 2011 beläuft sich im Saldo auf rund 201 Mio. EUR.

Aufwendungen und Erträge der 17 Produktbereich										
PB00	Gesamtergebnis	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	873.231.944,71-	1.014.875.563,72-	1.044.384.283,45-	1.113.973.257,47-	1.086.152.002,57-	1.104.830.688,34-	1.134.105.046,32-	1.159.061.202,76-
		Ordentliche Aufwendungen	1.056.074.798,87	1.057.412.346,96	1.051.197.519,86	1.125.957.692,43	1.124.161.287,37	1.140.546.098,00	1.138.278.791,73	1.162.597.762,50
		Finanzergebnis	28.496.263,40	27.554.784,43	36.202.320,73	29.963.526,81	32.547.941,00	35.451.916,00	37.099.537,00	37.697.043,00
		Interne Verrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		<b>Ergebnis</b>	<b>211.339.117,56</b>	<b>70.091.567,67</b>	<b>43.015.557,14</b>	<b>41.947.961,77</b>	<b>70.557.225,80</b>	<b>71.167.325,66</b>	<b>41.273.282,41</b>	<b>41.233.602,74</b>

PB01	Innere Verwaltung	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	30.068.356,15-	33.330.363,11-	33.038.874,88-	43.949.476,01-	44.924.738,18-	45.903.894,54-	45.916.780,36-	46.092.341,89-
		Ordentliche Aufwendungen	125.567.257,39	120.945.315,24	116.316.928,98	119.188.557,71	114.425.307,52	115.593.119,52	110.717.304,59	112.187.323,43
		Finanzergebnis	48.171,22-	3.816,44-	1.000,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
		Interne Verrechnungen	24.228.463,59-	21.157.488,31-	23.062.135,04-	24.623.274,04-	25.208.177,38-	25.070.699,78-	24.367.603,37-	24.980.770,12-
		<b>Ergebnis</b>	<b>71.222.266,43</b>	<b>66.453.647,38</b>	<b>60.216.919,06</b>	<b>50.617.307,66</b>	<b>44.293.891,96</b>	<b>44.620.025,20</b>	<b>40.434.420,86</b>	<b>41.115.711,42</b>

PB02	Sicherheit und Ordnung	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	32.180.491,11-	38.982.782,16-	31.482.949,33-	32.433.704,85-	33.121.277,57-	33.148.000,91-	32.631.163,77-	32.868.420,93-
		Ordentliche Aufwendungen	71.048.510,08	67.374.797,11	67.493.902,87	73.525.411,12	72.773.799,73	74.365.607,39	73.861.583,32	77.046.539,93
		Finanzergebnis		484,00-						
		Interne Verrechnungen	7.707.671,54	8.324.467,90	9.186.385,24	8.579.894,78	8.543.998,72	8.731.004,79	8.801.562,94	9.006.389,16
		<b>Ergebnis</b>	<b>46.575.690,51</b>	<b>36.715.998,85</b>	<b>45.197.338,78</b>	<b>49.671.601,05</b>	<b>48.196.520,88</b>	<b>49.948.611,27</b>	<b>50.031.982,49</b>	<b>53.184.508,16</b>

PB03	Schulträgeraufgaben	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	15.512.768,42-	15.606.390,79-	14.602.614,85-	15.918.246,81-	16.987.645,97-	17.301.056,08-	17.611.648,67-	17.993.579,54-
		Ordentliche Aufwendungen	72.791.867,51	69.718.346,26	68.439.516,18	75.348.490,20	77.445.151,76	79.089.982,77	80.646.871,89	82.273.394,10
		Finanzergebnis	25.780,22	24.469,95-	29.500,00-	24.760,00-	24.760,00-	24.760,00-	24.760,00-	24.760,00-
		Interne Verrechnungen	4.148.589,19	3.247.854,04	4.823.692,30	3.622.756,24	4.855.155,67	5.071.905,40	5.312.448,83	5.451.207,03
		<b>Ergebnis</b>	<b>61.453.468,50</b>	<b>57.335.339,56</b>	<b>58.631.093,63</b>	<b>63.028.239,63</b>	<b>65.287.901,46</b>	<b>66.836.072,09</b>	<b>68.322.912,05</b>	<b>69.706.261,59</b>

PB04	Kultur und Wissenschaft	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	10.633.133,01-	10.858.408,60-	13.911.072,67-	10.343.414,38-	10.487.804,42-	10.484.804,03-	10.576.686,81-	10.627.195,37-
		Ordentliche Aufwendungen	71.237.687,61	68.349.913,99	71.046.421,09	73.318.052,86	73.332.352,83	72.513.148,16	73.458.524,61	73.207.705,85
		Finanzergebnis		60,73						
		Interne Verrechnungen	4.127.651,04	3.694.534,91	4.202.375,76	4.018.277,63	4.122.782,22	4.392.245,60	4.703.406,58	4.868.289,58
		<b>Ergebnis</b>	<b>64.732.205,64</b>	<b>61.186.101,03</b>	<b>61.337.724,18</b>	<b>66.992.916,11</b>	<b>66.967.330,63</b>	<b>66.420.589,73</b>	<b>67.585.244,38</b>	<b>67.448.800,06</b>

PB05	Soziale Leistungen	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	55.175.873,71-	61.224.020,33-	65.159.106,65-	79.131.321,42-	81.098.520,91-	82.355.214,53-	88.191.229,86-	89.499.078,70-
		Ordentliche Aufwendungen	191.257.489,32	197.947.683,37	192.559.712,42	216.640.564,50	220.352.205,29	223.772.998,10	227.169.054,34	231.863.809,30
		Finanzergebnis	60,06-	27.652,23-						
		Interne Verrechnungen	2.333.573,45-	3.486.947,54-	619.483,77-	1.727.092,07-	1.568.051,54-	1.204.132,96-	657.713,40-	532.097,29-
		<b>Ergebnis</b>	<b>133.747.982,10</b>	<b>133.209.063,27</b>	<b>126.781.122,00</b>	<b>135.782.151,01</b>	<b>137.685.632,84</b>	<b>140.213.650,61</b>	<b>138.320.111,08</b>	<b>141.832.633,31</b>

PB06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	64.572.273,08-	73.200.654,39-	68.142.502,44-	71.628.691,08-	75.503.871,90-	78.245.158,93-	81.013.865,47-	83.791.978,76-
		Ordentliche Aufwendungen	150.412.704,71	163.857.362,72	163.866.509,46	180.766.861,57	186.518.844,68	193.421.399,02	199.706.312,11	206.725.959,45
		Finanzergebnis	444,13-	3.257,81	350,00-	5.172,81	50,00-	50,00-	50,00-	50,00-
		Interne Verrechnungen	5.164.763,09	5.996.747,52	7.144.560,77	8.018.786,58	8.062.058,28	8.445.683,26	8.877.340,53	9.119.340,65
		<b>Ergebnis</b>	<b>91.004.750,59</b>	<b>96.656.713,66</b>	<b>102.868.217,79</b>	<b>117.162.129,88</b>	<b>119.076.981,06</b>	<b>123.621.873,35</b>	<b>127.569.737,17</b>	<b>132.053.271,34</b>

PB07	Gesundheitsdienste	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	648.637,68-	673.156,16-	642.045,85-	624.691,24-	614.173,32-	618.840,22-	622.516,44-	626.332,82-
		Ordentliche Aufwendungen	6.094.235,86	5.905.618,06	6.099.068,46	6.536.035,38	6.574.938,40	6.673.379,65	6.665.688,32	6.819.009,60
		Finanzergebnis	0,88-	2,58-						
		Interne Verrechnungen	416.458,96	504.837,87	549.687,92	509.549,07	508.021,82	531.876,28	552.805,85	572.189,70
		<b>Ergebnis</b>	<b>5.862.056,26</b>	<b>5.737.297,19</b>	<b>6.006.710,53</b>	<b>6.420.893,21</b>	<b>6.468.786,90</b>	<b>6.586.415,71</b>	<b>6.595.977,73</b>	<b>6.764.866,48</b>

PB08	Sportförderung	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	3.333.063,12-	3.191.192,44-	3.351.533,06-	3.864.499,14-	3.790.343,28-	3.852.491,93-	3.801.826,23-	3.829.504,06-
		Ordentliche Aufwendungen	16.463.302,53	16.137.597,45	16.354.157,22	17.479.891,25	17.668.236,47	17.751.537,43	17.952.082,98	18.544.915,29
		Finanzergebnis		0,25-						
		Interne Verrechnungen	1.811.948,88	1.195.386,70	251.647,34	1.202.569,93	393.082,48	246.061,15	334.317,12	410.596,71
		<b>Ergebnis</b>	<b>14.942.188,29</b>	<b>14.141.791,46</b>	<b>13.254.271,50</b>	<b>14.817.962,04</b>	<b>14.270.975,67</b>	<b>14.145.106,65</b>	<b>14.484.573,87</b>	<b>15.126.007,94</b>

PB09	Räumliche Planung und Entwicklung	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	3.025.677,82-	9.908.434,71-	5.706.077,98-	4.084.095,09-	3.761.570,24-	2.994.944,03-	2.568.215,26-	2.572.061,10-
		Ordentliche Aufwendungen	16.219.312,79	17.358.362,94	19.580.452,71	17.969.105,38	15.688.891,58	16.435.779,40	15.680.570,06	16.045.342,26
		Finanzergebnis	18,00-	77,00-						
		Interne Verrechnungen	862.123,55	843.520,98	798.905,55	1.100.771,44-	1.027.060,19-	1.014.435,28-	916.305,74-	954.799,21-
		<b>Ergebnis</b>	<b>14.055.740,52</b>	<b>8.293.372,21</b>	<b>14.673.280,28</b>	<b>12.784.238,85</b>	<b>10.900.261,15</b>	<b>12.426.400,08</b>	<b>12.196.049,06</b>	<b>12.518.481,95</b>

PB10	Bauen und Wohnen	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	3.830.219,20-	5.292.663,12-	3.634.074,21-	4.440.854,61-	4.442.077,90-	4.443.467,71-	4.444.544,72-	4.442.635,69-
		Ordentliche Aufwendungen	15.276.886,19	9.883.480,99	10.861.743,13	12.393.596,06	12.283.731,15	12.622.983,79	12.491.339,74	12.896.735,66
		Finanzergebnis	419.694,43-	419.694,43-	419.600,00-					
		Interne Verrechnungen	869.486,53	1.006.863,60	2.051.686,65	1.043.248,71	1.046.286,27	973.558,95	997.214,13	1.024.182,19
		<b>Ergebnis</b>	<b>11.896.459,09</b>	<b>5.177.987,04</b>	<b>8.859.755,57</b>	<b>8.995.990,16</b>	<b>8.887.939,52</b>	<b>9.153.075,03</b>	<b>9.044.009,15</b>	<b>9.478.282,16</b>

PB12	Verkehrsflächen, -anlagen, ÖPNV	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	121.671.211,09-	122.436.405,14-	122.073.612,48-	123.179.944,38-	118.473.213,46-	120.816.369,20-	122.675.335,41-	124.598.143,41-
		Ordentliche Aufwendungen	91.091.372,62	94.713.557,18	91.858.787,94	97.152.711,80	93.815.704,53	93.597.361,03	92.892.624,46	93.921.831,06
		Finanzergebnis		122,67-						
		Interne Verrechnungen	746.687,33	1.558.360,72-	1.603.970,12-	2.084.035,73-	1.685.416,85-	1.024.143,77-	713.898,41-	213.905,91-
		<b>Ergebnis</b>	<b>29.833.151,14-</b>	<b>29.281.331,35-</b>	<b>31.818.794,66-</b>	<b>28.111.268,31-</b>	<b>26.342.925,78-</b>	<b>28.243.151,94-</b>	<b>30.496.609,36-</b>	<b>30.890.218,26-</b>

PB12	Verkehrsflächen, -anlagen, ÖPNV	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	31.818.579,91-	33.406.486,23-	31.781.567,94-	31.697.237,50-	31.264.242,36-	31.216.289,20-	22.231.335,31-	22.473.559,26-
		Ordentliche Aufwendungen	63.392.398,75	67.021.443,44	65.011.500,89	68.171.363,90	67.445.759,73	66.577.259,96	57.133.337,77	57.172.487,69
		Finanzergebnis		19.107,82		16.000,00				
		Interne Verrechnungen	22.801.742,03	20.661.702,12	20.408.470,39	23.925.315,89	24.387.886,66	24.931.395,87	25.403.395,71	25.924.981,98
		<b>Ergebnis</b>	<b>54.375.560,87</b>	<b>54.295.767,15</b>	<b>53.638.403,34</b>	<b>60.415.442,29</b>	<b>60.569.404,03</b>	<b>60.292.366,63</b>	<b>60.305.398,17</b>	<b>60.623.910,41</b>

PB13	Natur und Landschaftspflege	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	8.027.523,57-	8.183.193,99-	8.037.823,11-	8.137.600,61-	8.338.691,21-	8.418.299,61-	8.451.407,09-	8.476.960,19-
		Ordentliche Aufwendungen	23.141.020,20	24.923.269,46	26.056.977,31	26.657.265,63	26.433.282,89	26.980.300,69	27.097.317,45	27.312.908,81
		Finanzergebnis	1.197,51-	525,81-		500,00-	500,00-	500,00-	500,00-	500,00-
		Interne Verrechnungen	5.207.958,10	4.699.720,39	2.199.432,31	3.545.324,06	3.846.023,98	4.200.828,68	4.520.937,63	4.854.573,96
		<b>Ergebnis</b>	<b>20.320.257,22</b>	<b>21.439.270,05</b>	<b>20.218.586,51</b>	<b>22.064.489,08</b>	<b>21.940.115,66</b>	<b>22.762.329,76</b>	<b>23.166.347,99</b>	<b>23.690.022,58</b>

PB14	Umweltschutz	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	279.661,53-	289.992,64-	268.144,92-	235.244,26-	236.175,45-	235.312,36-	237.287,94-	236.824,20-
		Ordentliche Aufwendungen	3.308.804,12	3.403.321,43	3.334.894,58	3.493.845,04	3.466.043,32	3.513.620,31	3.493.740,11	3.576.204,99
		Finanzergebnis								
		Interne Verrechnungen	175.709,71	223.797,67	245.504,52	165.712,52	165.568,72	175.118,84	183.994,56	190.874,30
		<b>Ergebnis</b>	<b>3.204.852,30</b>	<b>3.337.126,46</b>	<b>3.312.254,18</b>	<b>3.424.313,30</b>	<b>3.395.436,59</b>	<b>3.453.426,79</b>	<b>3.440.446,73</b>	<b>3.530.255,09</b>

PB15	Wirtschaft und Tourismus	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	5.501.763,17-	8.134.035,45-	7.660.775,43-	11.258.256,60-	11.663.235,26-	10.776.727,78-	12.406.346,36-	13.320.808,14-
		Ordentliche Aufwendungen	22.618.648,38	15.904.182,64	18.439.008,38	24.279.454,57	22.307.378,38	21.293.918,13	20.838.169,39	22.553.181,41
		Finanzergebnis	522.073,99-	582.005,47-	1.104.882,00	404.844,00	773.963,00	767.092,00	1.409.969,00-	2.537.418,00-
		Interne Verrechnungen	1.037.762,90	1.603.505,44	5.408.973,74	1.487.145,64	1.511.012,39	1.527.555,63	1.595.552,04	1.659.686,35
		<b>Ergebnis</b>	<b>17.632.574,12</b>	<b>8.791.647,16</b>	<b>17.292.088,69</b>	<b>14.913.187,61</b>	<b>12.929.118,51</b>	<b>12.811.837,98</b>	<b>8.617.406,07</b>	<b>8.354.641,62</b>

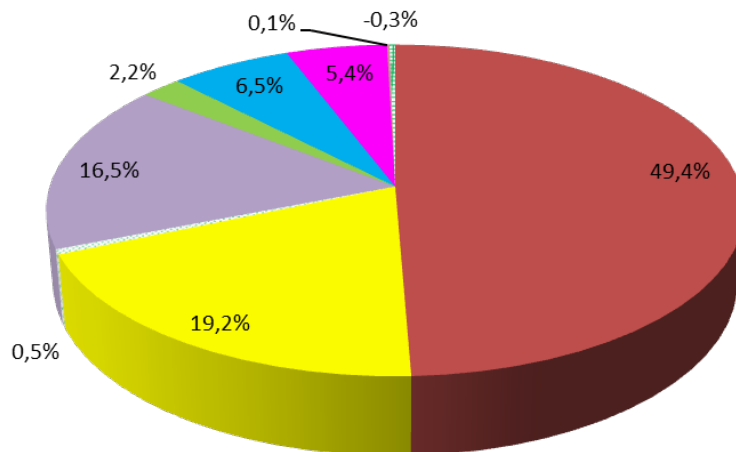
PB16	Allgemeine Finanzwirtschaft	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	485.937.701,86-	589.418.411,12-	634.191.653,00-	672.265.345,03-	640.734.225,03-	653.381.118,63-	680.079.178,03-	696.973.565,03-
		Ordentliche Aufwendungen	114.847.393,96	113.074.375,14	112.937.671,59	112.190.402,00	112.845.704,00	115.521.633,00	117.634.582,00	119.531.545,00
		Finanzergebnis	29.781.694,77	28.770.622,49	35.786.300,73	29.656.589,00	31.901.417,00	34.921.875,00	38.757.196,00	40.568.796,00
		Interne Verrechnungen	28.545.170,61-	25.624.809,96-	31.985.733,56-	26.613.277,77-	27.983.041,25-	30.943.692,65-	34.657.325,00-	36.430.609,08-
		<b>Ergebnis</b>	<b>369.853.783,74-</b>	<b>473.398.223,45-</b>	<b>517.453.414,24-</b>	<b>557.031.631,80-</b>	<b>523.970.145,28-</b>	<b>533.881.303,28-</b>	<b>558.344.725,03-</b>	<b>573.303.833,11-</b>

PB17	Stiftungen	Kostenart / Bezeichnung	RE 2012	vorl. RE 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	FIPlan 2017	FIPlan 2018	FIPlan 2019
		Ordentliche Erträge	1.015.010,28-	738.973,34-	699.854,65-	780.634,46-	710.196,11-	638.698,65-	645.678,59-	638.213,67-
		Ordentliche Aufwendungen	1.305.906,85	893.719,54	940.266,65	846.083,46	783.955,11	822.069,65	839.688,59	918.868,67
		Finanzergebnis	319.551,37-	179.413,59-	240.412,00-	95.319,00-	103.629,00-	213.241,00-	223.880,00-	310.525,00-
		Interne Verrechnungen	28.654,80	24.667,39		29.870,00	29.870,00	29.870,00	29.870,00	29.870,00
		<b>Ergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Städte und Gemeinden haben eine grundgesetzlich abgesicherte „Selbstverwaltungsgarantie“. Um dieses Recht zu gewährleisten, müssen sie mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Die folgenden Grafiken zeigen grob, woher die Erträge der Stadt Bonn kommen und für welche Aufwendungen sie verwendet werden:

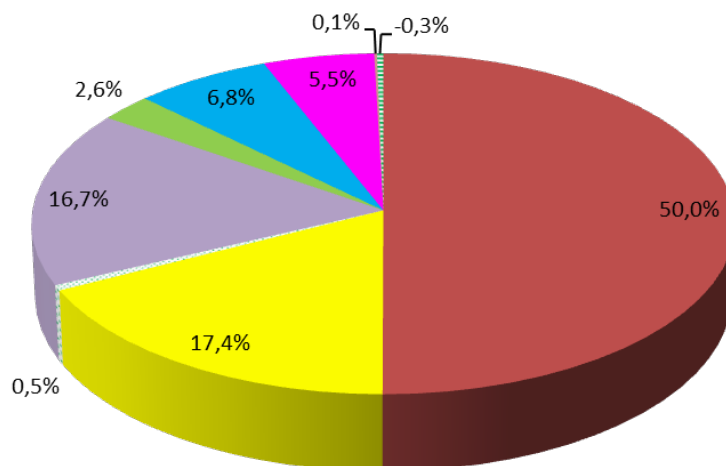
### Ertragsstruktur 2015

(der ordentlichen Erträge inkl. Finanzerträge)



### Ertragsstruktur 2016

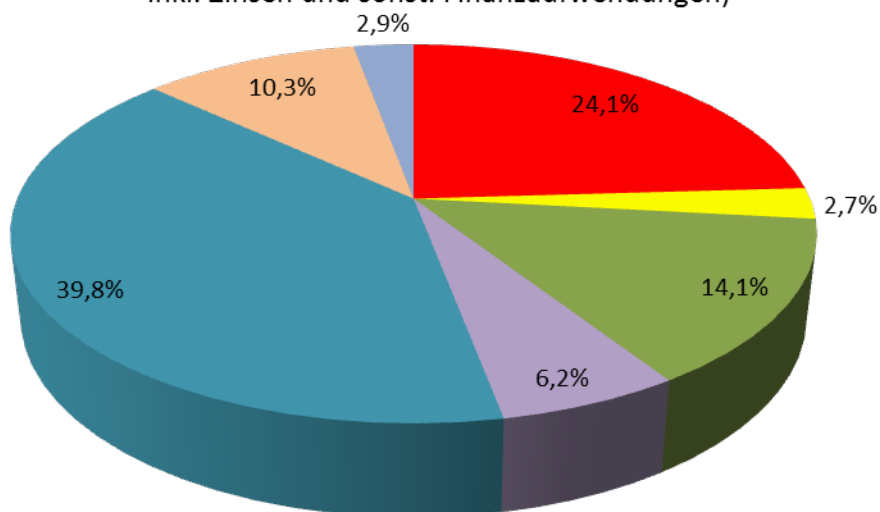
(der ordentlichen Erträge inkl. Finanzerträge)



- Steuern und ähnliche Abgaben
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Sonstige Transfererträge
- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
- Privatrechtliche Leistungsentgelte
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Sonstige ordentliche Erträge
- Aktivierete Eigenleistungen
- Finanzerträge

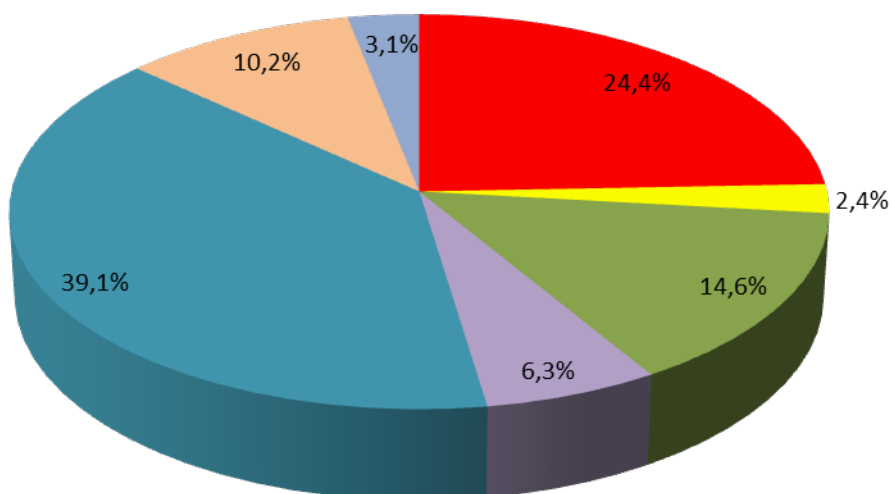
## Aufwandsstruktur 2015

(der ordentlichen Aufwendungen  
inkl. Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen)



## Aufwandsstruktur 2016

(der ordentlichen Aufwendungen  
inkl. Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen)



- Personalaufwendungen
- Versorgungsaufwendungen
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- Bilanzielle Abschreibungen
- Transferaufwendungen
- Sonstige ordentliche Aufwendungen
- Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen

#### **4. Gesamtergebnisplan 2015/2016 inkl. Finanzplanung 2014 – 2019 und Haushalts sicherungskonzept 2015 – 2024**

Während der Haushaltsberatungen wurde nach den abschließenden Buchungen für den Jahresabschluss 2013 mit Stand vom 17.03.2015 deutlich, dass die Stadt Bonn unabhängig vom Fortgang der Haushaltsplanberatungen verpflichtet ist, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, da sie in den zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren 2012 und 2013 den Ansatz der Allgemeinen Rücklage um mehr als 5 % verringert hat. Hierüber hat die Verwaltung die politischen Vertreter sowie die Öffentlichkeit in einem Ratsnewsletter vom 19.03.2015 informiert.

Nach mehrmonatigen Haushaltsberatungen der politischen Gremien, die sich in einem Änderungsantrag der Koalition vom 23.04.2015 finalisierte, hat der Rat am 07.05.2015 auch auf Basis der Stellungnahmen zu den politischen Änderungsanträgen der Verwaltung den Haushalt 2015/2016 inklusive der Finanzplanung 2017 – 2019 nebst Haushaltssicherungskonzept bis 2024 beschlossen.

Damit ergeben sich für die für die jeweiligen Jahre nachfolgend genannte Defizite/Überschüsse:

Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
-41,9	-70,6	-71,2	-41,3	-41,2	-8,0	3,9	24,6	32,6	52,1

Ein ausgeglichener Haushalt wird somit im Jahr 2021 möglich. Die Defizite und damit die Reduzierung von Eigenkapital werden somit bis einschließlich 2020 auf rund 274,2 Mio. EUR ansteigen, wobei in den nachfolgenden Jahren Überschüsse in Höhe von rund 113,2 Mio. EUR erzielt werden.

##### **4.1. Ordentliche Erträge**

Die ordentlichen Erträge belaufen sich für 2015 auf 1.114,0 Mio. EUR und für 2016 auf 1.086,2 Mio. EUR. Die hohe prozentuale Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr 2014 mit prognostizierten Erträgen von rund 1.011,4 Mio. EUR basiert auf Hebesatzerhöhungen bei der Grundsteuer (brutto rund 20,6 Mio. EUR), höheren Schlüsselzuweisungen (rund 15,8 Mio. EUR), Einkommensteuer (15,3 Mio. EUR), Gewerbesteuer (29,2 Mio. EUR), Umsatzsteuer 3,6 Mio. EUR.

in Mio. EUR	Ordentliche Erträge	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014 <sup>4</sup>	1011,4	
Plan 2015	1114,0	9,2%
Plan 2016	1086,2	-2,6%
Plan 2017	1104,8	1,7%
Plan 2018	1134,1	2,6%
Plan 2019	1159,1	2,2%
Plan 2020	1196,9	3,2%
Plan 2021	1229,5	2,7%
Plan 2022	1258,4	2,3%
Plan 2023	1288,6	2,3%
Plan 2024	1318,1	2,2%

Die Zusammensetzung der ordentlichen Erträge ergibt sich aus den nachfolgenden Positionen:

#### 4.1.1. Steuern und ähnliche Abgaben

Die Erträge der einzelnen Steuerarten wurden auf Basis:

- der prognostizierten Erträge 2014,
- der Orientierungsdaten des Landes,
- der Steuerschätzdaten
- der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
- sowie stadtindividueller Entwicklungen kalkuliert.

in Mio. EUR	Steuern und ähnliche Abgaben	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	477,0	
Plan 2015	551,6	15,6%
Plan 2016	545,1	- 1,2%
Plan 2017	547,1	0,0%
Plan 2018	558,9	2,2%
Plan 2019	558,1	- 0,1%
Plan 2020	573,2	2,7%
Plan 2021	586,6	2,3%
Plan 2022	600,3	2,3%
Plan 2023	614,5	2,4%
Plan 2024	629,1	2,4%

<sup>4</sup> Prognose 2014: Auch für das Jahresergebnis 2014 wird der Planansatz von – 43,0 Mio. EUR deutlich übertroffen werden. Der aktuelle Zwischenstand zum 19.05.2015, der den aktuellen Buchungsstand wiedergibt, beträgt – 93,5 Mio. EUR. Jedoch müssen noch diverse Jahresabschlussarbeiten erledigt werden, die das Zahlenwerk noch deutlich verändern können. Insofern können sich die Prognosen 2014 bei den jeweiligen Kostenarten noch verändern.



Für 2015 wurden Erträge in Höhe von 551,6 Mio. EUR geplant, was eine Steigerungsrate von 15,6 % gegenüber den prognostizierten Werten für 2014 ergibt. Für 2016 wurde eine negative Rate von -1,2% auf 545,1 Mio. EUR eingeplant, die ursächlich auf die Gewerbesteuerentwicklung zurückzuführen ist.

Neben der Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes B von 530 v.H. auf 680 v.H. mit einem zusätzlichen Beitrag für den städtischen Haushalt von rund 20,3 Mio. EUR wurden daneben weitere Steuererhöhungen vorgesehen sowie neue Steuern eingeführt. Bei der Umsatzsteuer wurden zudem Beträge für die Eingliederungshilfe in beträchtlicher Größenordnung gemäß Landeserlass berücksichtigt. Die größten Einzelpositionen sind nachfolgend dargestellt:

#### **4.1.1.1. Grundsteuer A und B**

Für das Jahr 2014 wurden Erträge in Höhe von 71,4 Mio. EUR vereinnahmt. Die Grundsteuer, die sich auf die Beschaffenheit und den Wert eines Grundstückes bezieht, wird für das Jahr 2015 mit 92,0 Mio. EUR und für 2016 mit 92,6 Mio. EUR geplant, wobei zur Haushaltskonsolidierung der Hebesatz der Grundsteuer B von 530 v.H. auf 680 v. H. erhöht wird. Insofern wird gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehraufkommen von 20,3 Mio. EUR gerechnet. Durch diese Erhöhung entsteht durch die für städt. Grundstücke zu entrichtende Grundsteuer ein Mehraufwand von rund 0,4 Mio. EUR p.a. Für die Kosten der Unterkunft (KdU) bedeutet der Anstieg der Grundsteuer in der Produktgruppe 1.05.01 Grundsicherungsleistung nach SGB II in den einzelnen Jahren eine Mehrbelastung von durchschnittlich rund 1 Mio. EUR.

Bei der Grundsteuerentwicklung wird auf die Erfahrungswerte der Stadt Bonn zurückgegriffen, da die allgemeinen Steuerschätzdaten in der Regel für Bonner Verhältnisse zu hoch sind, insofern sind die Steigerungsraten deutlich niedriger – abgesehen vom Jahr 2015, da hier die Hebesatzerhöhung von 150 Punkten erfolgt.

in Mio. EUR	Grundsteuern	Steigerungsrate Bonn	Steigerungsrate Orientierungsdaten 05/2015
Prognose 2014	71,4		
Plan 2015	92,0	28,6%	1,9%
Plan 2016	92,6	0,7%	1,3%
Plan 2017	93,2	0,7%	1,3%
Plan 2018	93,8	0,7%	1,3%
Plan 2019	94,4	0,7%	1,3%
Plan 2020	95,1	0,7%	
Plan 2021	95,7	0,7%	
Plan 2022	96,3	0,6%	
Plan 2023	96,9	0,6%	
Plan 2024	97,5	0,6%	

Neben den weitgehend über spezielle Entgelte (Gebühren und Beiträge) finanzierten Gütern ist die Grundsteuer als zusätzliches Finanzierungsinstrument besonders geeignet, da sie aufgrund ihrer Bemessungsgrundlage alle Bürger und Unternehmen direkt (Grundbesitzer) oder indirekt (Mieter) erreicht. Außerdem handelt es sich um eine verlässliche und nachhaltige Finanzierungsquelle, da ihr Aufkommen im Konjunkturverlauf nur wenig schwankt. Bei der Erhöhung von 150 Hebesatzpunkten ist zu berücksichtigen, dass allein um den Inflationsausgleich der vergangenen zehn Jahre zu erreichen, eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 50 Prozentpunkte notwendig gewesen wäre und die Stadt Bonn auch nach den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung weiterhin über ein überproportionales Leistungsangebot verfügen wird, das finanziert werden muss.

Der durchschnittliche Hebesatz<sup>5</sup> der 23 kreisfreien NRW Städte liegt bei der Grundsteuer B in 2014 bei 562 v. H. Mit der beschlossenen Erhöhung auf 680 v.H. hat die Stadt Bonn zunächst den höchsten Hebesatz der kreisfreien Städte, wobei zu berücksichtigen ist, dass auch andere Städte den Hebesatz in 2015 anheben werden.

Der Grundsteuerhebesatz für die Grundsteuer A, die für land- und forstwirtschaftliche Flächen erhoben wird, wird um die Hälfte und damit um 75 Punkte von 265 v.H. auf 340 v.H. erhöht. Das Volumen dieser Steuer beläuft sich auf unter 0,1 Mio. EUR. Die Anhebung führt zu einem Mehr-aufkommen von rund 17.000 EUR.

<sup>5</sup> Daten aus IHK Umfrage:

[http://www.ihkkoeln.de/2796\\_Realsteuer\\_Hebesaetze\\_in\\_Nordrhein\\_Westfa.AxCMS?ActiveID=3159](http://www.ihkkoeln.de/2796_Realsteuer_Hebesaetze_in_Nordrhein_Westfa.AxCMS?ActiveID=3159), IHK Köln.

#### 4.1.1.2. Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist die kommunale Steuer, die aufgrund ihrer Schwankungsanfälligkeit durch konjunkturelle Einflüsse, aber auch durch steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen und ständige Eingriffe des Gesetzgebers in die Bemessungsgrundlagen, die am schwierigsten zu prognostizierende Einnahmequelle darstellt. Hier wird es dabei bleiben, dass sich positive und negative Meldungen weiterhin abwechseln.

Auf Basis der prognostizierten Erträge für das Jahr 2014 in Höhe von rund 182,4 Mio. EUR (Ansatz 216,8 Mio. EUR) sowie aktueller Kenntnisse des Steueramtes (gestiegene Veranlagungen des laufenden Jahres sowie positive Entwicklung der Nachveranlagungen für Vorjahre) wird für das Jahr 2015 ein Ansatz in Höhe von 211,6 Mio. EUR geplant. Für das Jahr 2016 sind diverse negative Sondereffekte berücksichtigt, so dass sich der Ansatz des Jahres 2016 auf 194,3 Mio. EUR reduziert. Damit wird für 2015 zum prognostizierten Wert der Vorjahre eine prozentuale Steigerung von 16,0 % und für 2016 von - 8,2 % unterstellt. Auch in den nachfolgenden Jahren sind entsprechende negative Sondereffekt berücksichtigt, so dass der Ansatz der nachfolgenden Jahre deutlich unter dem des Jahres 2015 prognostiziert wird. Der Hebesatz in Höhe von derzeit 490 v. H. wurde letztmals in 2013 um 30 Hebesatzpunkte erhöht. In dem betrachteten Planungszeitraum 2017 - 2024 ist derzeit keine weitere Erhöhung des Hebesatzes eingeplant (nachrichtlich: Ein Anstieg von 10 Punkten würde rund 2,5 Mio. EUR ausmachen).

in Mio. EUR	Gewerbesteuer	Steigerungsrate Bonn	Steigerungsrate Steuerschätzung 05/2015
Prognose 2014	182,4		
Plan 2015	211,6	16,0%	2,7%
Plan 2016	194,3	-8,2%	3,9%
Plan 2017	184,6	-5,0%	3,1%
Plan 2018	174,4	-5,5%	2,7%
Plan 2019	163,8	-6,1%	2,7%
Plan 2020	168,9	3,1%	
Plan 2021	174,1	3,1%	
Plan 2022	179,5	3,1%	
Plan 2023	185,1	3,1%	
Plan 2024	190,8	3,1%	

Der durchschnittliche Hebesatz<sup>6</sup> der 23 kreisfreien NRW Städte beträgt bei der Gewerbesteuer im Jahr 2014 rund 480 v. H. Der Bonner Hebesatz liegt mit 490 v. H. knapp darüber. Insgesamt haben 3 der 23 kreisfreien Städte einen höheren und 4 Städte einen gleich hohen Hebesatz. Inwiefern Städte weitere Anpassung der Hebesätze in 2015 planen, ist nicht bekannt, hiervon ist allerdings auszugehen.

Entscheidend für das Aufkommen der Bonner Gewerbesteuer ist die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Gewerbesteuer zahlenden heimischen Unternehmen und deren Möglichkeiten der Steuergestaltung.

Vor allem die Bereitstellung der Infrastruktur und entsprechender Dienstleistungen für die Unternehmen rechtfertigen die Erhebung dieser Steuer. Ein gut ausgebautes Verkehrsnetz und eine gute soziale Infrastruktur sind ein bedeutender Standortfaktor für Unternehmen, denn qualifizierte Mitarbeiter verlangen neben einem ansprechenden Wohnumfeld mit hohem Freizeitwert vor allem eine gute Betreuung ihrer Kinder in Kindergärten und Schulen.

#### **4.1.1.3. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Als Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steht den Städten und Gemeinden ein Anteil des landesweiten Aufkommens in Höhe von 15 % zu. Von diesem Betrag wird über einen Schlüssel der Gemeindeanteil auf die Städte verteilt<sup>7</sup>. Am 28.10.2014 wurde die neue Schlüsselzahl für die Jahre 2015 - 2017 (Aufteilung der Einkommensteuer auf die Kommunen) durch den Städtetag mitgeteilt. Die Schlüsselzahl für Bonn steigt von 0,0219777 (Jahre 2012 – 2014) auf 0,023076 (Jahre 2015 – 2017) und damit um 5 %. Der starke Anstieg für Bonn ist wahrscheinlich vor allem durch eine Steigerung der Zahl der Bonner Einkommensteuerpflichtigen auf Basis der Einkommenssteuerstatistik des Jahres 2010 zur Einkommensteuerstatistik 2007 zu erklären.

Die Planung des Doppelhaushalts 2015/2016 basiert auf dem prognostizierten Ist des Jahres 2014 unter Berücksichtigung der neuen Schlüsselzahl für die Jahre 2015ff.

---

<sup>6</sup> Daten aus IHK Umfrage:

[http://www.ihkkoeln.de/2796\\_Realsteuer\\_Hebesaetze\\_in\\_Nordrhein\\_Westfa.AxCMS?ActiveID=3159](http://www.ihkkoeln.de/2796_Realsteuer_Hebesaetze_in_Nordrhein_Westfa.AxCMS?ActiveID=3159), IHK Köln.

<sup>7</sup> Zur Bestimmung des Verteilungsschlüssels für den Einkommensteueranteil der einzelnen Gemeinden werden nicht die gesamten Steuerleistungen eines Steuerpflichtigen berücksichtigt, sondern nur die Steuerbeträge, die auf ein zu versteuerndes Einkommen bis zu einer bestimmten Höchstgrenze ("Sockelbeträge") entfallen. Das bedeutet, dass Einkommensspitzen abgeschnitten werden und die Verteilung des Gemeindeanteils nach Überschreiten dieser Grenze wie eine gleichmäßige Pro-Kopf-Verteilung wirkt. Aufkommensunterschiede zwischen den Gemeinden werden dadurch abgemildert.

in Mio. EUR	Gemeindeanteil Einkommensteuer	Steigerungsrate Bonn	Steigerungsrate Steuerschätzung 05/2015
Prognose 2014	156,0		
Plan 2015	171,3	9,8%	5,6%
Plan 2016	180,6	5,4%	4,8%
Plan 2017	190,3	5,4%	5,1%
Plan 2018	200,2	5,2%	5,1%
Plan 2019	208,2	4,0%	5,1%
Plan 2020	216,6	4,0%	
Plan 2021	223,1	3,0%	
Plan 2022	229,8	3,0%	
Plan 2023	236,7	3,0%	
Plan 2024	243,8	3,0%	

Für das Jahr 2015 wurde der Ansatz mit 171,3 Mio. EUR und für 2016 mit 180,6 Mio. EUR auf Basis der Steuerschätzung November 2011 geplant. Dies immer vor dem Hintergrund, dass die geltende Gesetzeslage unterstellt wurde. Käme es zu einer Verringerung der „kalten Progression“, dann wären diese Ansätze nicht zu halten.

#### 4.1.1.4. Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sind für 2015 Beträge von 26,4 Mio. EUR und für 2016 von 27,1 Mio. EUR eingeplant, wobei Steigerungsraten von 15,6 % bzw. 2,9 % unterstellt wurden. Aus der nachfolgenden Tabelle geht der Gemeindeanteil aus der Umsatzsteuer hervor. Darin ist der Betrag für die Eingliederungshilfe (Verteilweg über Umsatzsteuer) enthalten, der als Betrag in der Klammer nochmals ausgewiesen wird.

in Mio. EUR	Gemeindeanteil Umsatzsteuer	Steigerungsrate Bonn	Steigerungsrate Steuerschätzung 05/2015
Prognose 2014	22,8		
Plan 2015	26,4 (2,8)*	15,6%	15,4%
Plan 2016	27,1 (2,8)	2,9%	3,9%
Plan 2017	27,9 (2,8)	2,8%	3,1%
Plan 2018	34,3 (8,4)	23,0%	-7,0%**
Plan 2019	35,0 (8,4)	2,3%	3,4%
Plan 2020	35,6 (8,4)	1,5%	
Plan 2021	36,1 (8,4)	1,5%	
Plan 2022	36,7 (8,4)	1,5%	
Plan 2023	37,2 (8,4)	1,5%	
Plan 2024	37,8 (8,4)	1,5%	

\*( ) davon Eingliederungshilfe über den Verteilweg Umsatzsteuer

\*\* Die Steigerungsrate der Steuerschätzung von -7,0% im Jahr 2018 ist darauf zurückzuführen, dass es für die Verteilung der Eingliederungshilfe ab 2018 noch keine gesetzliche Regelung gibt.

Im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes sollen die Kommunen im Umfang von 5 Milliarden EUR jährlich von der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen entlastet werden. Bereits im Vorgriff darauf wird der Bund in den Jahren 2015 bis 2017 die Kommunen in Höhe von 1 Milliarde EUR pro Jahr entlasten. In dem Betrag der Umsatzsteuer sind ab dem Jahr 2015 ff. die Beträge der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen berücksichtigt, da ein Teil der Vorableistung des Bundes über den Verteilungsmechanismus des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer in Höhe von rund 2,8 Mio. EUR zur Verfügung gestellt wird. Hieraus ergibt sich auch die hohe Steigerungsrate in 2015. Der andere Teil der Entlastung der Eingliederungshilfe wurde in Höhe von 2,3 Mio. EUR bei den Kosten der Unterkunft in den Jahren 2015 – 2017 eingeplant. Ab dem Jahr 2018 soll seitens des Bundes der volle Betrag in Höhe von 5 Mrd. EUR (zusätzliche 4 Milliarden EUR) zur Verfügung gestellt werden. Auf Basis eines Landeserlasses dürfen jedoch lediglich 3 Mrd. EUR (zusätzliche 2 Milliarden) eingeplant werden. Über die Umsatzsteuer sind somit für das Jahr 2018ff. jeweils 8,4 Mio. EUR und über den Verteilweg der Kosten der Unterkunft 6,8 Mio. EUR eingeplant.

Würden die kompletten 5 Mrd. EUR berücksichtigt, so könnte die Stadt Bonn rund 10 Mio. EUR für die Jahre ab 2018 zusätzlich einplanen. Da der Bund weitere Hilfen in Höhe von 1,5 Mrd. EUR für das Jahr 2017 angekündigt hat, die jedoch noch nicht eingeplant werden dürfen, kann in 2017 mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rund 7,8 Mio. EUR gerechnet werden.

Die Verteilung des Umsatzsteueranteils an die Gemeinden erfolgt ähnlich wie bei der Einkommensteuer über eine festgelegte Schlüsselzahl. Für die Stadt Bonn ist der Verteilungsschlüssel des Umsatzsteueranteils bis einschließlich 2014 auf rund 2,34 % festgesetzt. Über die Festlegung einer neuen Schlüsselzahl liegen noch keine Informationen vor.

#### **4.1.1.5. Kompensationsleistungen im Rahmen d. Familienleistungsausgleichs**

Die Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste aufgrund der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (sogenannter Einkommensteuerersatz) werden aus einem Mehraufkommen des Umsatzsteueranteils gespeist, der den Bundesländern gemäß § 1 des Finanzausgleichsgesetzes zugewiesen wird. Damit werden die Verluste bei der Lohn- und Einkommenssteuer ausgeglichen, die die Kommunen durch die Verrechnung des früher ausschließlich vom Bund finanzierten Kindergeldes mit der Lohnsteuer tragen müssen. Auf Basis des Festsetzungsbescheids für das Jahr 2015 von April 2015 wurde der Ansatz für das Jahr 2015 mit 17,4 Mio. EUR eingeplant. Für die fortfolgenden Jahre wurde dieser Ansatz mangels anderer Erkenntnisse beibehalten.

in Mio. EUR	Kompensationsleistungen	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	15,8	
Plan 2015	17,4	10,1%
Plan 2016	17,4	0,0%
Plan 2017	17,4	0,0%
Plan 2018	17,4	0,0%
Plan 2019	17,4	0,0%
Plan 2020	17,4	0,0%
Plan 2021	17,4	0,0%
Plan 2022	17,4	0,0%
Plan 2023	17,4	0,0%
Plan 2024	17,4	0,0%

#### 4.1.1.6.      **Andere Steuern und steuerähnliche Erträge**

Bei den anderen Steuern und steuerähnlichen Erträgen wurde insgesamt ein Ansatz für 2015 in Höhe von 6,4 Mio. EUR gewählt und für 2016ff. wurden rund 7,4 bis 7,5 Mio. EUR veranschlagt. Im Einzelnen:

Der Ansatz der **Hundesteuer** ist für 2015 mit 1,41 Mio. EUR geplant und für 2016ff. mit 1,62 Mio. EUR. Der Anstieg ergibt sich durch eine Erhöhung der Hundesteuer für den ersten Hund von derzeit 150,00 EUR auf 162,00 EUR. Der Steuersatz für die Haltung von zwei oder mehr Hunden wird nicht erhöht, weil dieser bereits zum 01.01.2013 angehoben wurde. Dadurch wird eine Ertragserhöhung ab 2016 von 94.000 EUR p.a. erzielt. Durch eine Hundebestandsaufnahme in 2016 wird mit zu erwartenden Mehrerträgen von 120.000 EUR p.a. gerechnet.

Die **Vergnügungssteuern** werden in zwei Schritten ab Mitte 2015 angehoben. Ab 2017 kommt die Wettbürosteuer als neue Steuer hinzu.

Die Vergnügungssteuer für Automaten mit Gewinnmöglichkeit wird von derzeit 16% auf 18% des Einspielergebnisses in 2015ff. erhöht. Dadurch wird eine Ertragserhöhung von rund 193.750 EUR in 2015 und nochmals in 2016 erfolgen, so dass in den Folgejahren ein Mehraufkommen von 387.000 EUR erzielt wird. Die Vergnügungssteuer für Automaten ohne Gewinnmöglichkeit wird von derzeit 45 EUR auf 50 EUR in Spielhallen und von 25,50 EUR auf 28 EUR in Gaststätten je Apparat in 2015 und 2016 angehoben. Dadurch wird eine Ertragserhöhung von 1.250 EUR in 2015 und nochmals in 2016 erzielt. Die Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen wird von derzeit 2,50 EUR auf 2,75 EUR je Tag und angefangenen 10 qm in 2015 und 2016 erhöht. Dadurch wird eine Mehreinnahme von jeweils 3.500 EUR erzielt. Die Vergnügungssteuer für Sexkino's wird von derzeit 25 % auf 27 % des Entgelts in 2015 und 2016 erhöht. Dadurch wird eine Ertragserhöhung von jeweils 1.500 EUR erwartet.

Zum 01.01.2017 wird eine „**Wettbürosteuer**“ eingeführt. Hiermit werden Einnahmen von 98.400,00 EUR p.a. prognostiziert. Damit ergibt sich für die gesamte Vergnügungssteuer ab 2017 eine Erhöhung von rund 498.400 EUR.

Ab Mitte 2015 wird eine **Beherbergungssteuer** eingeführt. Für 2015 wird mit einer zu erwartenden Ertragserhöhung von 524.000 EUR und ab 2016 nochmals um 524.000 EUR gerechnet. Dazu wird in 2015 eine zusätzliche Stelle eingerichtet. Insgesamt beträgt der zusätzliche Aufwand in 2015 35.600 EUR und ab 2016 dann 71.200 EUR. Dieser Aufwand wird in der Produktgruppe 1.01.22 „Verwaltung von Steuern und Benutzungsgebühren“ abgebildet.



in Mio. EUR	Sonstige Steuern	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	5,7	
Plan 2015	6,4	12,4%
Plan 2016	7,4	15,2%
Plan 2017	7,5	1,3%
Plan 2018	7,5	0,0%
Plan 2019	7,5	0,0%
Plan 2020	7,5	0,0%
Plan 2021	7,5	0,0%
Plan 2022	7,5	0,0%
Plan 2023	7,5	0,0%
Plan 2024	7,5	0,0%

#### 4.1.2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen belaufen sich in 2015 auf 214,2 Mio. EUR (Progn. Vorjahr 194,5 Mio. EUR) und in 2016 auf 189,9 Mio. EUR.

Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
214,2	189,9	203,2	216,0	236,9	256,5	272,3	286,0	298,9	310,2

Von den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen machen allein die **Schlüsselzuweisungen** 107,6 Mio. EUR in 2015 und 81,9 Mio. EUR in 2016 aus.

in Mio. EUR	Gemeindeanteil Schlüssel- zuweisungen	Steigerungsrate <u>Grundbetrag</u> Bonn	Steigerungsrate Orientierungsdaten 07/2014
Prognose 2014	91,8		
Plan 2015	107,6	GFG 2015	1,6%
Plan 2016	81,9	3,7%	4,9%
Plan 2017	93,1	4,9%	4,9%
Plan 2018	113,0	4,2%	4,2%
Plan 2019	131,2	4,2%	
Plan 2020	149,1	3,8%	
Plan 2021	163,6	3,7%	
Plan 2022	175,9	3,6%	
Plan 2023	187,3	3,5%	
Plan 2024	197,2	3,2%	

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen wurde für 2015 von dem Festsetzungsbescheid des Landes ausgegangen. Für die nachfolgenden Jahre wurde eine Steigerungsrate des Grundbetrages auf Basis der Orientierungsdaten des Landes unterstellt, wobei in 2016 ein geringer Abschlag vorgenommen wurde, aufgrund der Unabwägbarkeiten bezüglich der Parameteränderungen im Finanzausgleich (hier insbesondere der Soziallastenansatz der zukünftig voraussichtlich weiter ansteigen und die Stadt Bonn stärker belasten wird). Der deutlich geringere Betrag in 2016 erklärt sich mit einer deutlich höheren Gewerbesteuerkraftzahl im Finanzausgleich 2016. Ab 2020ff. wurde die letzte im Orientierungsdatenerlass genannte Steigerungsrate aus Vorsichtsgründen reduziert.

**Zuweisungen von Bund, Land und Gemeinden für laufende Zwecke** sind der nachfolgenden Tabelle in Mio. EUR zu entnehmen:

Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
81,6	85,2	86,8	79,6	82,2	84,0	85,3	86,7	88,1	89,5

Als Einzelpositionen stecken hinter diesen Zuweisungen, z.B. die Leistungen im Rahmen der Grundsicherung und Landeszuweisungen zu den Betriebskosten von Tageseinrichtungen für Kinder und Familienzentren.

Von den für Investitionen erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen sind als **Auflösung aus Sonderposten**<sup>8</sup> folgende Beträge in Mio. EUR geplant:

Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
25,0	22,8	23,4	23,4	23,5	23,5	23,4	23,4	23,5	23,7

#### 4.1.2.1. Sonstige Transfererträge

Unter den sonstigen Transfererträgen in Höhe von 5,5 Mio. EUR p.a. in 2015 - 2024 ist der Ersatz von sozialen Leistungen, Rückzahlungen von gewährten Hilfen oder Unterhaltsansprüchen zu verstehen.

<sup>8</sup> Der Sonderposten ist ein Passivposten, der im Fall einer investiven Förderung über die Nutzungsdauer des geförderten Anlagegutes ertragswirksam aufgelöst wird.

#### 4.1.2.2. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Leistungsentgelte (hierunter fallen insbesondere die Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte sowie zweckgebundene Abgaben für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen und für die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen) belaufen sich in 2015 auf 184,7 Mio. EUR (Vorjahr 188,3 Mio. EUR) und in 2016 auf 182,0 Mio. EUR.

in Mio. EUR	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	188,3	
Plan 2015	184,7	-1,9%
Plan 2016	182,0	-1,5%
Plan 2017	185,0	1,7%
Plan 2018	187,6	1,4%
Plan 2019	190,3	1,4%
Plan 2020	192,8	1,3%
Plan 2021	195,1	1,2%
Plan 2022	197,4	1,2%
Plan 2023	199,8	1,2%
Plan 2024	202,1	1,2%

Nach § 77 GO NRW – Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung – hat die Gemeinde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel, soweit vertretbar und geboten, aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen und im Übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen.

Der größte Anteil der speziellen Entgelte (Leistungsentgelte) entfällt mit 140,8 Mio. Euro in 2015 und 137,0 Mio. EUR in 2016 auf Benutzungsgebühren. Während die Stadt auf die Höhe der Verwaltungsgebühren kaum Einfluss hat, weil sie von Bund oder Land vorgegeben wird, ist bei den Benutzungsgebühren ein größerer Selbstverwaltungsspielraum vorhanden, wobei kostenrechnende Einrichtungen vollständig über Gebühren zu finanzieren sind.

#### 4.1.2.3. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Gemeinde beschafft ihre Finanzmittel auch aus Entgelten für erbrachte Leistungen. Hierunter fallen die Erträge aus Mieten und Pachten oder Erträge aus Verkäufen und sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten.

Im Jahr 2015 wird mit einem Ertrag in Höhe von 24,2 Mio. EUR gerechnet, während in 2016 rund 28,3 Mio. EUR veranschlagt sind.

in Mio. EUR	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	19,4	
Plan 2015	24,2	24,8%
Plan 2016	28,3	17,2%
Plan 2017	27,3	-3,7%
Plan 2018	28,9	6,0%
Plan 2019	29,9	3,5%
Plan 2020	29,9	0,0%
Plan 2021	29,9	-0,1%
Plan 2022	30,0	0,2%
Plan 2023	30,0	0,3%
Plan 2024	30,1	0,0%

#### 4.1.2.4. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bei dieser Position handelt es sich um solche Leistungen, die von der Gemeinde für eine andere Stelle, die diese vollständig oder anteilig erstattet, erbracht werden. Für 2014 wird ein Ergebnis in Höhe von 70,7 Mio. EUR prognostiziert. Für 2015 sind Erträge in Höhe von 72,3 Mio. EUR und für 2016 von 73,8 Mio. EUR veranschlagt.

in Mio. EUR	Kostenerstattungen/- umlagen	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	70,7	
Plan 2015	72,2	2,1%
Plan 2016	73,8	2,1%
Plan 2017	75,2	1,9%
Plan 2018	75,7	0,6%
Plan 2019	76,9	1,6%
Plan 2020	77,5	0,9%
Plan 2021	78,7	1,6%
Plan 2022	77,7	-1,4%
Plan 2023	78,5	1,0%
Plan 2024	79,7	1,6%

#### **4.1.2.5. Sonstige ordentliche Erträge**

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen in Höhe von jeweils 60,0 Mio. EUR in 2015 und 60,0 Mio. EUR in 2016 sind alle Positionen zusammengefasst, die nicht den anderen Ertragspositionen zugeordnet werden konnten. Hierunter fallen ordnungsrechtliche Erträge (z.B. Bußgelder, Zwangsgelder) in Höhe von je 7,1 Mio. EUR in 2015 und 7,2 Mio. EUR in 2016ff. oder insbesondere die Konzessionserträge mit 19,6 Mio. EUR in 2015 und 2016ff.

Konzessionsabgaben sind Entgelte, die Energieversorgungsunternehmen und Wasserversorgungsunternehmen an Gemeinden für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet mit Strom, Gas und Wasser dienen, zahlen müssen.

in Mio. EUR	Sonstige ordentliche Erträge	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	55,3	
Plan 2015	60,0	8,4%
Plan 2016	60,0	0,0%
Plan 2017	60,0	0,0%
Plan 2018	60,0	0,0%
Plan 2019	60,0	0,0%
Plan 2020	60,0	0,0%
Plan 2021	60,0	0,0%
Plan 2022	60,0	0,0%
Plan 2023	60,0	0,0%
Plan 2024	60,0	0,0%

#### **4.1.2.6. Aktivierte Eigenleistungen**

Das Gesamtvolumen, welches zur Erstellung von Anlagevermögen eingesetzt wird, ist mit jeweils 1,5 Mio. EUR für die Jahre 2015 – 2024 veranschlagt.

## 4.2. Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen belaufen sich unter Berücksichtigung der Konsolidierungsbeiträge in 2015 auf 1.126,0 Mio. EUR und in 2016 auf 1.124,2 Mio. EUR.

in Mio. EUR	Ordentliche Aufwendungen	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	1.074,6	
Plan 2015	1.126,0	4,6%
Plan 2016	1.124,2	-0,2%
Plan 2017	1.140,5	1,4%
Plan 2018	1.138,3	-0,2%
Plan 2019	1.162,6	2,1%
Plan 2020	1.163,7	0,1%
Plan 2021	1.184,7	1,8%
Plan 2022	1.194,1	0,8%
Plan 2023	1.217,2	1,9%
Plan 2024	1.229,0	1,0%

Die Aufwendungen setzen sich aus den nachfolgenden Positionen zusammen:

### 4.2.1. Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen

Für das Jahr 2015 werden Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 309,8 Mio. EUR und für 2016 in Höhe von 310,4 Mio. EUR prognostiziert. Für die folgenden Jahre wurden nachfolgende Ansätze geplant:

in Mio. EUR	Personal- und Versorgungsaufwand	Steigerungsrate Bonn	Steigerungsrate Orientierungsdaten 07/2014
Prognose 2014	298,6		
Plan 2015	309,8	3,7%	2,0%
Plan 2016	310,4	0,2%	1,0%
Plan 2017	316,0	1,8%	1,0%
Plan 2018	311,0	-1,6%	1,0%
Plan 2019	321,0	3,1%	
Plan 2020	319,0	-0,6%	
Plan 2021	328,6	3,0%	
Plan 2022	326,2	-0,7%	
Plan 2023	335,7	2,8%	
Plan 2024	334,3	-0,4%	

Die Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen stellen mit einem Volumen von über 300 Mio. EUR nach den Transferaufwendungen die zweitgrößte Aufwandsart im Ergebnisplan dar. Zu beachten ist, dass die Personalkosten der aus dem städtischen Haushalt ausgegliederten Eigenbetriebe (Theater, Seniorenzentren, Städtische Gebäudemanagement) sowie die Abfallwirtschaft bonnorange als AÖR in den vorgenannten Personalkosten nicht enthalten sind.

Für die Planung wurden die Annahmen getroffen, dass für die Jahre 2015/2016 von einer linearen Erhöhung von 2 % bei den Beamten und 3% bei den Beschäftigten ausgegangen wurde. Ab dem Jahr 2017 wurde bei den Beamten und Beschäftigten von jeweils 1 % linearer Erhöhung ausgegangen. Bei den Beamten ist zu berücksichtigen, dass Besoldungs- und Versorgungserhöhungen einen großen Effekt auf die Zuführung zu Pensions-, Beihilfe- und Versorgungsrückstellungen haben und diese Auswirkungen nur überschlägig berechnet werden können. Letztere resultieren aus der Tatsache, dass sich der / die Beamte/-in mit jedem aktiven Dienstjahr einen anteiligen Pensionsanspruch erwirbt. Die Berücksichtigung des Anspruchs erfolgt durch eine entsprechende jährliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und stellt Aufwand dar. Ermittelt werden die jährlichen Zuführungsaufwendungen anhand versicherungsmathematischer Methoden. Beamte im Ruhestand haben Versorgungsansprüche, die in der aktiven Dienstzeit erworben wurden. Für diese werden jährlich ebenfalls ergebniswirksame Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen vorgenommen

In der Planung wurden Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von jeweils 6 Mio. EUR in 2015 – 2017 sowie jeweils 8,5 Mio. EUR in den Jahren 2018 – 2024 berücksichtigt. Hierbei wurden Personaleinsparungen durch Organisationsüberprüfungen der Projektgruppe 2015 sowie Einsparungen durch Wiederbesetzungssperren und weitere zusätzliche personalwirtschaftliche Maßnahmen berücksichtigt (ab 2018 soll die Stelle eines Beigeordneten mit Vorzimmer und Referent wegfallen, Verzicht auf Stellenausschreibungen in der lokalen Presse, geringere Personalkostensteigerungen, da ab 2018 der OGS-sowie U3-Ausbau abgeschlossen sein soll, Schließungen von Bädern und Stadtteilbüchereien).

#### 4.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 163,7 Mio. EUR in 2015 und 168,9 Mio. EUR in 2016 beinhaltet als größte Position die Aufwendungen für die zentrale Gebäudebewirtschaftung (SGB) in Höhe von 57,0 Mio. EUR in 2015 und 58,4 in 2016. Die Gebäudebewirtschaftung wird über das SGB geleistet und über die jeweiligen Produkte mit dem SGB verrechnet.

in Mio. EUR	Aufwendungen für Sach- /Dienstleistung	Steigerungsrate Bonn	Steigerungsrate Orientierungsdaten 07/2014
Prognose 2014	142,9		
Plan 2015	163,7	12,7%	1,0%
Plan 2016	168,9	3,1%	1,0%
Plan 2017	170,3	0,8%	1,0%
Plan 2018	171,2	0,6%	1,0%
Plan 2019	173,3	1,2%	
Plan 2020	176,6	1,8%	
Plan 2021	179,2	1,5%	
Plan 2022	180,3	0,6%	
Plan 2023	182,5	1,2%	
Plan 2024	183,0	0,3%	

Die Erhöhung gegenüber dem Jahr 2014 ist auf eine Vielzahl von Positionen zurückzuführen. Insbesondere beim SGB ist durch die höhere Zahl an Liegenschaften (Ausbau Kindergärten, Schulen, OGS) sowie höheren geplanten Investitionen mit ansteigenden Sachaufwendungen im Vergleich zu 2014 von rund 5,2 Mio. EUR zu rechnen. Zudem steigen die Unterhaltungskosten (Betriebsvorrichtungen, Infrastrukturvorrichtungen, Grundstücke und Gebäude) um rund 8 Mio. EUR. Hinzu kommen Energiekostensteigerungen.

#### 4.2.3. Bilanzielle Abschreibungen

Die bilanziellen Abschreibungen stellen den Ressourcenverbrauch dar, der durch die Abnutzung von Vermögensgegenständen des Anlagenvermögens entsteht.

Für 2015 sind Abschreibungen in Höhe von 71,6 Mio. EUR (Ergebnis Vorjahr rd. 66,0 Mio. EUR) und in 2016 von 72,8 Mio. EUR veranschlagt. Für Maßnahmen im Bereich Straßen und Plätze sowie für den Bereich Entwässerung und Abwasserbeseitigungsanlagen werden in den Jahren 2015 – 2024 pro Jahr jeweils durchschnittlich über 20 Mio. EUR abgeschrieben.



in Mio. EUR	Bilanzielle Abschreibungen	Steigerungsrate Bonn
Prognose 2014	66,0	
Plan 2015	71,6	8,4%
Plan 2016	72,8	1,7%
Plan 2017	71,6	-1,7%
Plan 2018	71,0	-0,9%
Plan 2019	73,0	2,7%
Plan 2020	73,2	0,2%
Plan 2021	72,4	-1,0%
Plan 2022	72,5	0,2%
Plan 2023	72,8	0,4%
Plan 2024	72,8	0,0%

#### 4.2.4. Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen stellen sich in den jeweiligen Jahren wie folgt dar, wobei auch Aufwandspositionen mit maßgeblichen Anteilen genannt werden:

in Mio. EUR	Transferaufwendungen	Steigerungsrate Bonn	<u>davon</u> Kinder, Jugend und Familie	<u>davon</u> Soziale Leistungen	<u>davon</u> Land-Landschaftsumlage	<u>davon</u> Gewerbesteuerumlage
Prognose 2014	436,5		107,5	95,3	76,3	26,4
Plan 2015	461,1	5,6%	113,5	102,3	78,8	29,8
Plan 2016	454,1	-1,5%	118,0	106,4	81,9	27,4
Plan 2017	463,3	2,0%	124,1	107,9	85,9	26,0
Plan 2018	465,2	0,4%	130,0	110,0	89,4	24,6
Plan 2019	474,7	2,0%	136,0	112,2	93,2	22,7
Plan 2020	472,5	-0,5%	140,6	114,5	96,6	12,1
Plan 2021	481,3	1,8%	143,6	116,8	100,3	12,4
Plan 2022	491,4	2,1%	146,5	119,1	104,0	12,8
Plan 2023	501,8	2,1%	149,6	121,5	107,8	13,2
Plan 2024	512,1	2,0%	152,8	124,0	111,4	13,6

\* Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlagen (Länderfinanzausgleich und Fonds Deutsche Einheit) ab 2020ff.

Die Transferaufwendungen sind der größte Block innerhalb der ordentlichen Aufwendungen. Im Jahr 2015 werden Beträge von 461,1 Mio. EUR und in 2016 von 454,1 Mio. EUR geplant. Hierunter sind alle Leistungen der Gemeinde an Dritte zu verstehen. Darunter fallen Sozialtransfers, wie z.B. die Leistungen der Sozialhilfe oder der Jugendhilfe. Daneben sind auch die Umlagen an Zweckverbände, wie die Landschaftsumlage oder die Gewerbesteuerumlage zu nennen.

Im Vergleich zum Vorjahr 2014 wurde das Buchungskonzept für die Bereitstellung des Zuschusses an das SGB für vom SGB zu tragende Tilgungsleistungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ab dem Jahr 2015 umgestellt. Dies hat zur Konsequenz, dass sich der Aufwand um rund 10 Mio. EUR um die Höhe der zuvor bereitgestellten Tilgung reduziert hat. Die Finanzanlage SGB erhöht sich um die Höhe dieser Tilgungen/Kapitalerhöhung.

Nachfolgend werden einzelne Positionen näher erläutert:

Innerhalb der Transferaufwendungen im Bereich der sozialen Leistungen und im Bereich Kinder-, Jugend und Familie sind die größten Positionen die Leistungen nach dem SGB XII sowie der Betriebskostenzuschuss für Tageseinrichtungen für Kinder.

Die Landschaftsumlage<sup>9</sup> ist mit einem Umlagesatz von 16,7 % für das Jahr 2015 und für das Jahr 2016ff. mit 16,75 % auf Basis der geplant. Es wurde der Umlagesatz nach den Vorgaben des vom LVR aufgestellten Haushaltsplanentwurfs unterstellt.

Die Gewerbesteuerumlage<sup>10</sup> wurde auf Basis der prognostizierten Erträge aus dem Gewerbesteueraufkommen unter Berücksichtigung der einzelnen Komponenten des Vervielfältigers der Gewerbesteuerumlage nach dem Orientierungsdatenerlass vom Juli 2014 berechnet. Zu berücksichtigen ist, dass ab dem Jahr 2020 mit Auslaufen des Solidarpaktes die erhöhten Gewerbesteuerumlagen (Fonds Deutsche Einheit und Länderfinanzausgleich) wegfallen.

---

<sup>9</sup> Kommunale Aufgaben reichen vielfach über die Grenzen der Gemeinden, Städte und Kreise hinaus, so etwa in der Kulturpflege, im Gesundheits-, Schul-, Jugend- und Sozialwesen. Die Grundfinanzierung des Landschaftsverbandes, der diese Aufgaben anstelle der Kommunen durchführt, erfolgt durch kommunale Umlagen, das heißt Städte und Gemeinden führen einen %-Satz von einer definierten Bemessungsgrundlage (Steuereinnahmen u. Schlüsselzuweisungen abzüglich Gewerbesteuerumlage) an den Landschaftsverband ab.

<sup>10</sup> Ein prozentualer Anteil des Gewerbesteueraufkommens geht zur Hälfte an Bund und Land. Über die Gewerbesteuerumlage sind die Kommunen an der Finanzierung der Deutschen Einheit beteiligt.

#### 4.2.5. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Hierunter werden alle Aufwendungen zusammengefasst, die anderen Aufwandspositionen nicht zuzuordnen sind.

in Mio. EUR	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Steigerungsrate Bonn
Progn. 2014	130,8	
Plan 2015	119,7	-8,5%
Plan 2016	117,8	-1,6%
Plan 2017	119,4	1,3%
Plan 2018	119,8	0,4%
Plan 2019	120,5	0,6%
Plan 2020	122,4	1,6%
Plan 2021	123,2	0,7%
Plan 2022	123,5	0,2%
Plan 2023	124,3	0,6%
Plan 2024	126,7	1,9%

Unter anderem fällt darunter, die Leistungsbeteiligung für die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Hierfür wurden in 2015 rund 76,6 Mio. EUR (Vorjahr 81,9 Mio. EUR) und 78,1 Mio. EUR in 2016 eingeplant.

#### 4.3. Finanzergebnis

Hierzu gehören im Wesentlichen die Zinsaufwendungen und Zinserträge, wobei auch die Zahlungsströme aus Zinssicherungsgeschäften mit enthalten sind. Zudem sind hier auch Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen, Erträge aus Wertpapiergeschäften sowie Verzinsungen von Steuernachzahlungen enthalten. Das Finanzergebnis des Jahres 2014 beläuft sich nach derzeitigem Stand auf 30,4 Mio. EUR. Für die Jahre 2015 und 2016 wird mit Belastungen in Höhe von 30,0 Mio. EUR bzw. 32,5 Mio. EUR geplant. In der nachfolgenden Tabelle werden neben dem Finanzergebnis die Zinsen saldiert und die Konsolidierungsbeiträge aus Unternehmensbeteiligungen dargestellt.

in Mio. EUR	Finanzergebnis	davon Zinsen saldiert	davon Erträge aus Unternehmens- beteiligungen
Prognose 2014	30,4	28,4	0,8
Plan 2015	30,0	30,0	1,0
Plan 2016	32,5	32,5	1,0
Plan 2017	35,5	35,5	0,9
Plan 2018	37,1	37,1	2,9
Plan 2019	37,7	37,7	3,9
Plan 2020	41,2	41,2	5,9
Plan 2021	40,9	40,9	5,9
Plan 2022	39,7	39,7	6,9
Plan 2023	38,8	38,8	6,9
Plan 2024	37,1	37,1	6,9

#### Unternehmensbeteiligung

Als Konsolidierungsbeitrag wurden seitens der Stadtwerke Bonn GmbH 2 Mio. EUR in 2018; 3 Mio. EUR in 2019; 4 Mio. EUR in 2020/2021 und 5 Mio. EUR ab 2022 eingeplant. Hinzu kommen ab 2020 Ausschüttungsbeträge der VEBOWAG in Höhe von 4 % auf das Stammkapital in Höhe von jeweils 0,974 Mio. EUR.

#### Zinsen

Zum Jahres 2014 belief sich der Kassenkreditbestand auf 764 Mio. EUR. Auf Basis der HSK-Rechnung wird davon ausgegangen, dass die Liquiditätskredite bis einschließlich 2019 um rund 162 Mio. EUR ansteigen und danach in den Jahren bis 2024 um 141 Mio. EUR sinken. Die Belastung aus dem Finanzergebnis wäre ohne entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen deutlich angestiegen. Es wird davon ausgegangen, dass der Bestand an Kassenkrediten sich im Jahr 2024 bei einem Volumen von rund 784,8 Mio. EUR bewegt.

Für die Investitionskredite wird davon ausgegangen, dass die Neuverschuldung um rund 238 Mio. EUR bis einschließlich 2020 ansteigt und dann bis 2024 um 14 Mio. EUR absinkt. Der Stand der Investitionskredite wird sich dann auf rund 1,12 Milliarden EUR belaufen.

Bei der Planung wurden folgende Annahmen getroffen:

- Bei Darlehensende (Investitionskredite) wird der letzte Betrag fortgeschrieben. Alle auslaufenden Kredite werden, auch auf Grund der Unsicherheit am Kapitalmarkt, mit entsprechendem 10 Jahres Swap-Satz (Forward-Satz: Stand 05.05.2015) und einem Aufschlag von 100 BP geplant.

- Bei den Liquiditätskrediten < 1 Jahr wird in 2015 ein Zinssatz von 1 % unterstellt und in 2016 und 2017 eine jährliche Steigerung von 20 Basispunkten angenommen. Ab 2018 wird mit Zinsen von 1,0 % und ab 2020 mit 2,0% kalkuliert und dann fortgeschrieben.
- Liquiditätskredite > 1 Jahre, welche bereits in Höhe von 425 Mio. EUR aufgenommen wurden und in den nächsten Jahren fällig werden, werden zu denselben Konditionen, inkl. der dann bereits enthaltenen Marge, mit einem Aufschlag von 50 BP kalkuliert. Die Zinssätze für neu aufzunehmende Liquiditätskredite > 1 basieren auf den Swap-Sätzen vom 05.05.2015 + 50 BP.

Im Liquiditätsportfolio sollen insgesamt rund 50 % der Kredite über eine längere Laufzeit (zwischen 1 bis 10 Jahren) in Zins und Liquidität gesichert werden. Mit dieser Vorgehensweise soll das derzeitige niedrige Zinsniveau dazu genutzt werden, von der durch den Landesgesetzgeber eingeräumten Möglichkeit, Kassenkredite längerfristig aufnehmen zu können, Gebrauch zu machen.

Durch diese Strategie kann die Stadt Bonn zum einen, das noch aktuell günstige Zinsniveau nutzen und zum anderen, zukünftig deutliche Zinserhöhungen mit einer drastischen Zunahme der Zinsaufwendungen vermeiden, indem sie einen Teil der Kassenkredite längerfristig absichert.

Auf den folgenden beiden Seiten ist die Veranschlagung für das Konferenzzentrum (WCCB) nach Verrechnung (Version 8) dargestellt.

Konsumtiv: PSP-Element 1.90.00.15.07.03

Veranschlagung der konsumtiven Mittel im Gesamthaushalt für das Konferenzzentrum (WCCB)					
Kostenart / Bezeichnung	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
416100 Aufl. SoPo aus Zuweisungen Bund	68.333,33-	829.444,44-	933.333,33-	933.333,33-	933.333,33-
416110 Aufl. SoPo aus Zuweisungen Land		57.222,22-	686.666,67-	686.666,67-	686.666,67-
416140 Aufl. SoPo a. Zuw. s.ö B	366,65-	4.491,50-	5.499,83-	5.499,83-	5.499,83-
* Zuwendungen und allgemeine Umlagen	68.699,98-	891.158,16-	1.625.499,83-	1.625.499,83-	1.625.499,83-
448700 Erstatt. v. priv. U.	12,00-	12,00-	12,00-	12,00-	12,00-
* Kostenerstattungen/-umlagen	12,00-	12,00-	12,00-	12,00-	12,00-
458210 Ertr. a. Aufl. PRückaktB	1.212,84-	1.212,84-	1.215,84-	1.215,84-	1.215,72-
458220 Ertr. a. Aufl. PRückVers	572,52-	572,52-	573,96-	573,96-	573,96-
* Sonstige ordentliche Erträge	1.785,36-	1.785,36-	1.789,80-	1.789,80-	1.789,68-
501100 Bezüge der Beamten	35.899,09	36.730,15	37.210,70	37.695,82	38.186,04
501200 Verg. Tarif. Besch.	96.570,94	99.468,03	100.462,74	101.467,49	102.482,15
502200 Beitr. Versorg.k. TB	7.487,19	7.711,80	7.788,92	7.866,68	7.945,33
503200 Beiträge SV tarif.B	15.038,47	15.489,61	15.644,59	15.801,03	15.958,94
504100 Beihilfen	2.402,16	2.425,80	2.449,56	2.473,44	2.497,08
504110 Fürs. Unterst. leist.	73,92	73,92	73,92	73,92	73,92
505100 Zuf. zu Pensionsrückst. f. Beamte	14.041,33	14.316,31	12.585,98	12.950,88	13.059,36
506100 Zuf. Beihrückst. Pr	4.929,12	3.189,96	4.753,44	3.022,08	5.014,20
509100 Pauschalierte Lohnsteuer	267,27	275,38	278,10	280,86	283,65
* Personalaufwendungen	176.709,49	179.680,96	181.247,95	181.632,20	185.500,67
511100 Versorgungsaufwendungen für Beamte	11.463,37	11.696,10	11.840,88	12.185,52	12.302,16
514100 Beihilfen Vers. empf.	2.271,84	2.299,92	2.333,16	2.406,24	2.433,96
515100 Zuf. Pensionsr. Ver. E.	3.511,68	1.379,88	2.957,28	1.409,28	3.012,60
* Versorgungsaufwendungen	17.246,89	15.375,90	17.131,32	16.001,04	17.748,72
521110 Unterhaltung Grundstücke, Gebäude	575.000,00	1.199.660,00	1.199.660,00	1.199.660,00	1.200.600,00
529100 Aufw. f. so. Dienstl	290.000,00				
529110 Gutachter-/Beratungskosten	540.650,00	409.275,00	239.291,57	156.732,82	84.946,08
* Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	1.405.650,00	1.608.935,00	1.438.951,57	1.356.392,82	1.285.546,08
571110 Abschr. a. Geb. Betr vor	45.824,99	45.824,99	45.824,99	45.824,99	45.824,99
571131 AfA technische Anlagen	117.622,32	1.127.301,20	1.127.301,20	1.127.301,20	1.127.301,20
571140 AfA Betr. Geschausst.	15.686,63	178.073,33	218.073,33	258.073,33	298.073,33
* Bilanzielle Abschreibungen	179.133,94	1.351.199,52	1.391.199,52	1.431.199,52	1.471.199,52
543180 Ausstattung bis 410 Euro	1.794.676,50	8.365,93	8.795,90	7.108,02	4.000,08
* Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.794.676,50	8.365,93	8.795,90	7.108,02	4.000,08
551700 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	2.618.230,00	3.098.626,00	3.049.329,00	2.946.441,00	2.828.227,00
* Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.618.230,00	3.098.626,00	3.049.329,00	2.946.441,00	2.828.227,00
<b>** Ergebnis vor int. Leistungsverr.</b>	<b>6.121.149,48</b>	<b>5.369.227,79</b>	<b>4.459.353,63</b>	<b>4.311.472,97</b>	<b>4.164.920,56</b>
581101 Aufw. int. Leistb Grdst	62.000,00	62.000,00	62.000,00	62.000,00	62.000,00
581102 Aufw. int. Leistb Gebüh	25.700,00	25.700,00	25.700,00	25.700,00	25.700,00
95000000 UML VILV	159,96	159,96	159,96	159,96	159,96
95000015 UML Amt 10 IT und Organisation	7.008,00	7.008,00	7.008,00	7.008,00	7.008,00
95000055 UML Vermessungen	6.416,04	6.416,04	6.416,04	6.416,04	6.416,04
95000065 UML FAIRgabe	1.279,92	1.279,92	1.279,92	1.279,92	1.279,92
94000001 Verrechnung VKE	33.442,83	33.032,60	33.104,16	32.708,34	33.736,49
95000001 UML VKE	43.185,60	43.059,60	43.320,36	42.780,26	44.409,05
95000002 UML VKE nach stat. Kennzahlen	6.083,16	5.947,80	5.975,64	5.941,44	6.119,88
94000011 Verr. VKE-Ant.n.g.re	6.622,04	5.865,07	6.644,09	6.244,07	6.989,52

Kostenart / Bezeichnung	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
95000011 UML VKE-Anteile n. geb.relevant	8.514,60	7.606,44	8.646,12	8.252,52	9.205,44
95000023 UML Versicherungsbeiträge Amt 30	81.107,64	82.356,84	83.567,16	84.803,40	86.069,40
95000033 UML Gemeindeunfallversicherung	692,28	639,24	652,92	664,68	675,24
95000063 UML Büromaterial	90,12	208,20	208,20	208,20	208,20
95000073 UML Betriebsmittel	84,60	84,60	84,60	84,60	84,60
95000083 UML Porto	16,08	16,08	16,08	16,08	16,08
94000133 Verrechnung Zinsaufwand	234.207,00	249.583,32	264.320,00	278.180,92	291.896,72
95000133 UML Zinsaufwand	33.077,16	38.192,16	48.040,92	63.067,20	66.163,80
* Aufwendungen aus int. Leistungsverr.	549.687,03	569.155,87	597.144,17	625.515,63	648.138,34
<b>** Ergebnis interne Verrechnungen</b>	<b>549.687,03</b>	<b>569.155,87</b>	<b>597.144,17</b>	<b>625.515,63</b>	<b>648.138,34</b>
<b>*** Ergebnis Fertigstellung Konferenzzentrum</b>	<b>6.670.836,51</b>	<b>5.938.383,66</b>	<b>5.056.497,80</b>	<b>4.936.988,60</b>	<b>4.813.058,90</b>

Veranschlagung der investiven Mittel im Gesamthaushalt für das Konferenzzentrum (WCCB)								
Finanz- stelle	Bezeichnung der Finanzstelle	Finanz- position	Bezeichnung der Finanzposition	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
5900015071013	Fertigstellung Konferenzentrums	68.1100	Invest.zuw. vom Land	0	-10.300.000	0	0	0
5900015071013	Fertigstellung Konferenzentrums	68.1000	Invest.zuw. vom Bund	-29.300.000	-1.700.000	0	0	0
5900015071013	Fertigstellung Konferenzentrums	68.1400	Investzuw.v.s.öff.Be	-26.399	-6.600	0	0	0
5900015071013	Fertigstellung Konferenzentrums	78.4500	AfE Investmentzertif	1.469.400	1.469.400	1.469.400	1.469.400	1.469.400
5900015071013	Fertigstellung Konferenzentrums	78.5100	Ausz.Hochbaumaßnahm.	28.177.018	0	0	0	0
5900015071013	Fertigstellung Konferenzentrums	78.3100	Ausz.Ew.Vm.o.h.W410€	773.700	200.000	200.000	200.000	200.000
5900015071013	Fertigstellung Konferenzentrums	79.2600	Tilg.Kred.Inv.s.ö.SR	992.798	1.987.192	4.162.722	5.591.312	5.591.312
<b>5900015071013</b>	<b>Fertigstellung Konferenzentrums</b>			<b>2.086.517</b>	<b>-8.350.008</b>	<b>5.832.122</b>	<b>7.260.712</b>	<b>7.260.712</b>

### III. Gesamtfinanzplan

Der Finanzplan umfasst alle Ein- und Auszahlungen des städtischen Haushalts aus der laufenden Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit für den Zeitraum 2014 - 2019.

#### 1. Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit wurden bereits oben unter Punkt II. weitgehend erläutert, soweit sie gleichzeitig Ertrag bzw. Aufwand darstellen. Im Finanzplan sind jedoch auch Zahlungen veranschlagt, denen keine Erträge bzw. Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen, unter anderem:

- **Einzahlungen:**  
z.B. Erstattungen der von Betrieben gewerblicher Art gezahlten Vorsteuer durch das Finanzamt
- **Auszahlungen:**  
z.B. von den Betrieben gewerblicher Art zu entrichtende Vorsteuer-, Versorgungsauszahlungen, für die Rückstellungen gebildet wurden

Insgesamt werden folgende Zahlungen veranschlagt:

<b>Gesamtfinanzplan</b>		<b>Ansatz des Haushaltsjahres 2015</b>	<b>Ansatz des Haushaltsjahres 2016</b>	<b>Planung des Haushaltsjahres 2017</b>	<b>Planung des Haushaltsjahres 2018</b>	<b>Planung des Haushaltsjahres 2019</b>
9	= <b>Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	1.082.579.537	1.058.093.764	1.076.337.733	1.107.657.217	1.135.183.939
16	= <b>Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	1.057.771.847	1.059.344.601	1.078.208.529	1.086.815.204	1.104.489.089
17	= <b>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 und 16)</b>	24.807.690	-1.250.837	-1.870.796	20.842.013	30.694.850



## 2. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Gesamtfinanzplan		Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Planung des Haushaltsjahres 2017	Planung des Haushaltsjahres 2018	Planung des Haushaltsjahres 2019
		4	5	6	7	8
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	46.188.638	40.098.595	21.507.674	17.137.384	11.415.184
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	17.000.700	9.148.000	19.141.500	9.241.000	9.204.000
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	16.268.560	16.289.078	16.310.821	16.376.857	11.187.381
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	4.350.000	5.322.000	4.850.000	5.467.760	3.350.000
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	351.000	61.000	351.000	51.000	136.000
23	= <b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>84.158.898</b>	<b>70.918.673</b>	<b>62.160.995</b>	<b>48.274.001</b>	<b>35.292.565</b>

### Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionen

Neben den einzelfallbezogenen Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen sind hier auch folgende Pauschalzuwendungen veranschlagt:

	2015	2016
• Allgemeine Investitionspauschale	9,6 Mio. EUR	9,6 Mio. EUR
• Feuerschutzpauschale	0,4 Mio. EUR	0,4 Mio. EUR

Die Schul-, Bildungs- und Sportpauschale sind zur Deckung von laufenden Aufwendungen/Auszahlungen vorgesehen und werden daher konsumtiv im Ergebnis-/Finanzplan veranschlagt.

In der Summe der einzelfallbezogenen Einzahlungen sind z.B. folgende Zuweisungen von Bund und/oder Land enthalten:

Maßnahme	2015	2016
	in Mio. EUR	in Mio. EUR
BZ zur Fertigstellung des WCCB	29,3	1,7
LZ zur Fertigstellung des WCCB	0,0	10,3
LZ Projekt Masterplan "Innere Stadt"	1,9	5,3
LZ Sanierung der "Viktoriabrücke"	0,5	1,8
LZ Umgestaltung "Bahnhofsvorplatz"	0,0	1,2
LZ Mehlemer Bach	1,2	4,0

### Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen

Bei den Einzahlungen handelt es sich im Wesentlichen um Erlöse aus Grundstücksverkäufen.

### Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen

Es handelt sich hierbei um Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen aus Vermögenswerten der rechtlich unselbständigen Stiftungen der Bundesstadt Bonn sowie zweckgebundene Rücklagen der Stadt Bonn und des WCCB's.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2015/2016 und der Folgejahre sind keine verlässlichen, langfristigen Planungen hinsichtlich der Anlageentscheidungen in diesen Bereichen möglich, so dass die Ansätze in allen zu planenden Haushaltsjahren gleich angesetzt werden. Bei der Position der „Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen, sind zudem auch Rückführungen aus Ausleihungen enthalten.

### Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Der Gesamtwert von 4,35 Mio. EUR wird insbesondere durch die Einzahlungen aus den Erschließungs- und Straßenbaubeiträgen nach dem KAG sowie aus den Erschließungsbeiträgen nach dem BauGB bestimmt. Für die Ablösung von Stellplätzen werden voraussichtlich Einzahlungen in Höhe von 500 TEUR erzielt.

Bei den sonstigen Investitionseinzahlungen handelt es sich um zweckgebundene investive Einzahlungen zur Herstellung von Ausgleichsflächen sowie um eine Beteiligung des Universitätsklinikum Bonn an der Beschaffung neuer Feuerwehrfahrzeuge aufgrund der Errichtung einer neuen Feuerwehrwache auf dem Gelände des Klinikums.

## **3. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**

<b>Gesamtfinanzplan</b>		<b>Ansatz des Haushaltsjahres 2015</b>	<b>Ansatz des Haushaltsjahres 2016</b>	<b>Planung des Haushaltsjahres 2017</b>	<b>Planung des Haushaltsjahres 2018</b>	<b>Planung des Haushaltsjahres 2019</b>
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	15.211.000	5.590.000	5.805.000	1.090.200	1.090.502
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	89.191.063	94.545.645	90.145.160	70.554.185	51.670.771
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	15.246.084	10.236.640	11.102.430	11.042.209	12.112.288
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	78.479.947	73.040.251	67.894.716	51.745.676	44.386.400
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	1.312.906	250.000			
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen		2.500.000	2.500.000		
30	= <b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten</b>	<b>199.441.000</b>	<b>186.162.536</b>	<b>177.447.306</b>	<b>134.432.270</b>	<b>109.259.961</b>

### Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken

In 2015 ist ein Betrag von 15,2 Mio. EUR und in 2016 von 5,6 Mio. EUR für den allgemeinen Ankauf von Grundvermögen durch die Stabsstelle Liegenschaftsmanagement veranschlagt. So sind in 2015 z.B. Mittel für den Ankauf der Grundstücke der Gallwitz- und der Ermekeilkaserne vorgesehen. Außerdem müssen im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen weitere Grundstücke aus der Entwicklungsmaßnahme WTP aufgekauft werden. Für diesen Zweck sind auch im Jahr 2016 4,5 Mio. EUR veranschlagt. Die restlichen Ankäufe erfolgen durch verschiedene Fachämter zur Durchführung von Baumaßnahmen.

### Auszahlungen für Baumaßnahmen

Bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen ergibt sich in 2015 ein Investitionsvolumen in Höhe von 89,2 Mio. EUR und in 2016 in Höhe von 94,5 Mio. EUR. Dieser Betrag verteilt sich auf die Bereiche Hoch-, Tief- und sonstige Baumaßnahmen. Große Einzelposten sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

<b>Hochbaumaßnahmen</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<b>-</b>	<b>in Mio. EUR</b>	<b>in Mio. EUR</b>
Fertigstellung des WCCB	28,1	0,0
<b>Tiefbaumaßnahmen</b>		
Umsetzung Abwasserbeseitigungskonzept	20,0	20,0
Erneuerung und Ausbau der Kläranlagen	4,0	4,0
Nachrüstung Straßentunnel GO	2,7	1,9
Sanierung Viktoriabrücke	2,3	7,5
Masterplan "Innere Stadt"	2,4	6,8
Mehlemer Bach	2,0	6,8
Umgestaltung Bahnhofsvorplatz	0,0	1,5
Vilicher Bach	0,9	1,5
Ria-Maternus-Platz	0,1	1,4
Am Alten Friedhof	0,6	1,2
Hochwasserschutz Graurheindorf	0,1	1,0
<b>Sonstige Baumaßnahmen</b>		
Pauschale "Bäderkonzept"	2,0	8,0
Sportplatz Endenich	1,4	0,0
Abschluss "Soziale Stadt Tannenbusch"	1,1	0,0
Sportanlagen Gesamtschule Beuel	1,1	0,0
Sportanlagen Sportpark Nord	1,0	1,0
Beethovenhalle	0,0	5,0
Projekt Festspielhaus	0,0	2,9

#### 4. Städtisches Gebäudemanagement (SGB)

Das Städtische Gebäudemanagement ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und ist zuständig für:

- Planung, Erstellung, Instandhaltung, Umbau, Ausbau und Modernisierung sowie laufende Unterhaltung von Gebäuden und baulichen Anlagen
- Energiemanagement
- Gebäudereinigung
- Hausmeisterdienste
- Ver- und Anmietung von Immobilien.

Der Zuschuss an das SGB setzt sich wie folgt zusammen:

	2015 in Mio. EUR	2016 in Mio. EUR	2017 in Mio. EUR	2018 in Mio. EUR	2019 in Mio. EUR
Aufwendungen zentrale Gebäudebewirtschaftung(Sako 524170)	56,3	57,7	59,2	60,8	62,4
Abschreibung auf Finanzanlagen* (Sako 572100)	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Zuschuss (Sako 531500)	18,2	17,4	16,4	15,4	14,5
Mieten (zentral) (Sako 545101)	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
<b>Summe Betriebskostenzuschuss</b>	<b>83,5</b>	<b>84,1</b>	<b>84,6</b>	<b>85,2</b>	<b>85,9</b>
<b>Investitionskostenzuschuss</b> (Sako 786500)	<b>56,6</b>	<b>46,6</b>	<b>29,4</b>	<b>24,4</b>	<b>24,4</b>
<b>Finanzanlage SGB</b> (Sako 784650)	<b>13,5</b>	<b>11,7</b>	<b>10,8</b>	<b>9,4</b>	<b>9,0</b>
<b>Zuschuss insgesamt</b>	<b>153,6</b>	<b>142,4</b>	<b>124,8</b>	<b>119,0</b>	<b>119,3</b>

\* Anteilige Abschreibung aus dem Investitionskostenzuschuss des SGB

Vorgesehene Maßnahmen des Vermögensplans (Wirtschaftsplan SGB 2015)							
			2015	2016	2017	2018	2019
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Bezirk	Liegenschaft	Maßnahme					
Bonn	Altes Rathaus Bonn	Sanierung 2. BA				500.000	
Bonn	Beethoven-Gymnasium	Sanierung der Dusch/WC-Anlagen, Brandschutz Turnhalle	357.000	250.000			
Bonn	Bertolt-Brecht-Gesamtschule	Sanierung Fassade, Dach, Fenster	139.000	2.461.000	1.000.000		
Bonn	Bertolt-Brecht-Gesamtschule	Sanierung Dachfläche und Betonsanierung	200.000				
Bonn	Bonns Fünfte	Bonns Fünfte: Bauteil 1+2	7.500.000	9.730.000	140.000		
Bonn	Ermekeilkaserne	Kauf einer Containeranlage	2.400.000				
Bonn	Friedrich-Ebert-Gymnasium	III. BA NW	350.000	150.000			
Bonn	Friedrich-Ebert-Gymnasium	Erneuerung Turnhallendecke		120.000			
Bad Godesberg	Friedrich-List-Berufskolleg	Grundsanierung Gebäude G	139.000	1.061.000	1.160.000		
Stadtbezirke	FW - Alle Liegenschaften	Verbesserung Einbruchschutz	100.000				
Stadtbezirke	FW - Diverse Liegenschaften	Umstellung auf elektronisches Schließsystem	45.000				
Beuel	FW - FFW Beuel	Schwarz-Weiß-Trennung/ Lüftungsanlage	100.000				
Bonn	FW - FFW Buschdorf	Erweiterung der Fahrzeughalle	74.850				
Beuel	FW II - Maarstr.8-10	Ersatz Übungshaus	150.000	470.000			
Bad Godesberg	FW III/FFW Friesdorf - Friesdorfer Str.	Bau einer Fahrzeughalle mit 4 Einstellplätzen				2.105.000	1.675.000
Bonn	Haus der Bildung	Umbau und Sanierung	4.800.000				
Hardtberg	Heilpädagogischer Kindergarten Duisdorf	Umbau/Anbau	970.000	230.000			
Bonn	Heinrich-Hertz-Europakolleg	Neubau Gebäude A	2.500.000	2.200.000			
Bonn	Heinrich-Hertz-Europakolleg	Planungskosten, Grundsanierung, Turnhalle	100.000				
Bonn	Heinrich-Hertz-Europakolleg	Planungskosten, Grundsanierung			150.000		
Hardtberg	Helmholtz-Gymnasium	Umbau wegen Ganztags	3.273.000				
Hardtberg	Helmholtz-Gymnasium	Dach- und Fassadensanierung Hauptgebäude		750.000	2.250.000	625.000	
Bonn	J. v. Eichendorff Schule	Grundsanierung		760.000	1.500.000	1.500.000	
Bonn	Jahnschule, GGS	Aufstockung und Erweiterung	1.580.000				
Beuel	Jugendfarm	Neubau	1.048.000	400.000			
Bonn	Karl-Simrock-Schule	Grundsanierung	210.000	800.000			

			2015	2016	2017	2018	2019
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Bonn	Karl-Simrock-Schule	Grundsanierung Gebäude E-F-G	200.000	1.700.000			
Bad Godesberg	Kiga - Am Domhof	Neubau 6 Gruppen, Sanierung	2.100.000	1.900.000			
Bonn	Kiga - An der Elisabethkirche	Neubau	2.320.000	250.000			
Bonn	Kiga - An der Rheindorfer Burg	Neubau Kindergarten im Passivhausstandard	2.200.000				
Bonn	Kiga - Ellerstr., Lehrkindergarten	Energetische Sanierung			275.000		
Bonn	Kiga - Estermannstr. 204	Planung Neubau Fluchttreppe	91.000				
Bonn	Kiga - Gerhart-Hauptmann-Str.	Umbau Sanierung Altbau, diverse kleinere Maßnahmen	500.000	268.724			
Bonn	Kiga - Gierenweg	Neubau 4 Gruppen		200.000	1.400.000	1.400.000	
Bonn	Kiga - Im Dahl	Neubau 4 Gruppen	200.000	1.400.000	1.400.000		
Hardtberg	Kiga - Im grünen Winkel	Erweiterung 2 Gruppen	822.000				
Bad Godesberg	Kiga - Lannesdorf, Splickgasse	Neubau	58.000				
Beuel	Kiga - Limpericher Str. (Aktion Regenbogen)	Neubau	900.000				
Beuel	Kiga - Ringstr.	Neubau 4 Gruppen	700.000	2.300.000			
Hardtberg	Kiga - TÜV Medinghoven	Neubau 4 Gruppen		200.000	1.400.000	1.400.000	
Hardtberg	Kreuzbergsschule	OGS-Planung Mensa	317.000				
Bonn	Ludwig-Erhard-Berufskolleg	Grundsanierung Bauteil 1	1.709.000	1.681.000			
Bonn	Ludwig-Erhard-Berufskolleg	Grundsanierung, Bauteil 2		100.000	1.000.000		
Bonn	Ludwig-Erhard-Berufskolleg	Grundsanierung, Bauteil 3			250.000		
Bonn	Marie-Kahle-Gesamtschule / Nordschule	Erweiterung/Sanierung	7.000.000	6.500.000	780.000		
Bonn/Bad Godesberg	Rheinaue	Neubau Unterkunft Rheinaue	824.000				
Bonn	Robert-Wetzlar-Berufskolleg	Grundsanierung, 1. BA	438.000	1.192.000	1.000.000		
Bonn	Robert-Wetzlar-Berufskolleg	Grundsanierung, 2. BA			1.200.000		
Bonn	Schlossbachschule	Grundsanierung, Planungskosten in 2013	35.000	3.870.000			
Bonn	Schulzentrum Tannenbusch	Grundsanierung / Ersatzneubau	300.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000
Bonn	Sportpark Nord	Beckensanierung	500.000				
Bonn	Stadthaus Bonn	Erneuerung/Modernisierung Aufzugsgruppen 2 und 3	231.000				
Bonn	Tannenbusch - Gymnasium	Sanierung und Modernisierung NW-Räume	200.000	260.000			
Stadtbezirke	Verschiedene Liegenschaften	sonstige Maßnahmen, Topf			9.995.000	12.370.000	18.225.000
Stadtbezirke	Verschiedene Schulen	Planungskosten / OGS Planungskosten	182.000	100.000	100.000	100.000	100.000
			<b>47.862.850</b>	<b>45.303.724</b>	<b>29.000.000</b>	<b>24.000.000</b>	<b>24.000.000</b>

Brandschutzmaßnahmen							
			2015	2016	2017	2018	2019
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Bonn	Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium	Brandschutzmaßnahmen	347.000				
Bonn	Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium	Sanierung und Modernisierung NW-Räume	156.000				
Beuel	Holzlar, KGS Abteilung Heide- weg	Ersatzneubau	700.000				
Beuel	Om Berg, GGS	Ersatzneubau	2.500.000	1.907.040			
Bonn	Robert-Wetzlar-Berufskolleg	Brandschutzsanierung	911.305				
Stadt- bezirke	Verschiedene Liegenschaften	Brand- schutz/Schadstoffe/ Sicherheit			1.000.000	1.000.000	1.000.000
			<b>4.614.305</b>	<b>1.907.040</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.000.000</b>

Sonstige Maßnahmen						
		2015	2016	2017	2018	2019
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Aktivierte Eigenleistung	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
	Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattungen	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
	Kauf Villemombler Str. 159 einschl. Umbau	3.900.000				
		<b>5.400.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>

Im Vergleich zum Vorjahr 2014 wurde das Buchungskonzept für die Bereitstellung des Zuschusses an das SGB für vom SGB zu tragende Tilgungsleistungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ab dem Jahr 2015 umgestellt. Dies hat zur Konsequenz, dass sich der Aufwand um rund 10 Mio. EUR um die Höhe der zuvor bereitgestellten Tilgung reduziert hat. Die Finanzanlage SGB erhöht sich um die Höhe dieser Tilgungen/Kapitalerhöhung.

## 5. Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit

<b>Gesamtfinanzplan</b>		<b>Ansatz des Haushalts- jahres 2015</b>	<b>Ansatz des Haushalts- jahres 2016</b>	<b>Planung des Haushalts- jahres 2017</b>	<b>Planung des Haushalts- jahres 2018</b>	<b>Planung des Haushalts- jahres 2019</b>
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	291.770.135	239.887.157	223.311.721	200.581.979	185.506.586
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	188.344.298	162.607.092	168.848.322	170.377.812	173.232.062
35	= <b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>103.425.837</b>	<b>77.280.065</b>	<b>54.463.399</b>	<b>30.204.167</b>	<b>12.274.524</b>
36	- <b>Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln</b> (= Zeilen 32 und 35)	12.951.425	-39.214.635	-62.693.708	-35.112.089	-30.998.022
37	+ <b>Anfangsbestand an Finanzmitteln</b> (Liste s. Anlagenband)					
38	= <b>Liquide Mittel</b> (= Zeilen 36 und 37)	<b>12.951.425</b>	<b>-39.214.635</b>	<b>-62.693.708</b>	<b>-35.112.089</b>	<b>-30.998.022</b>



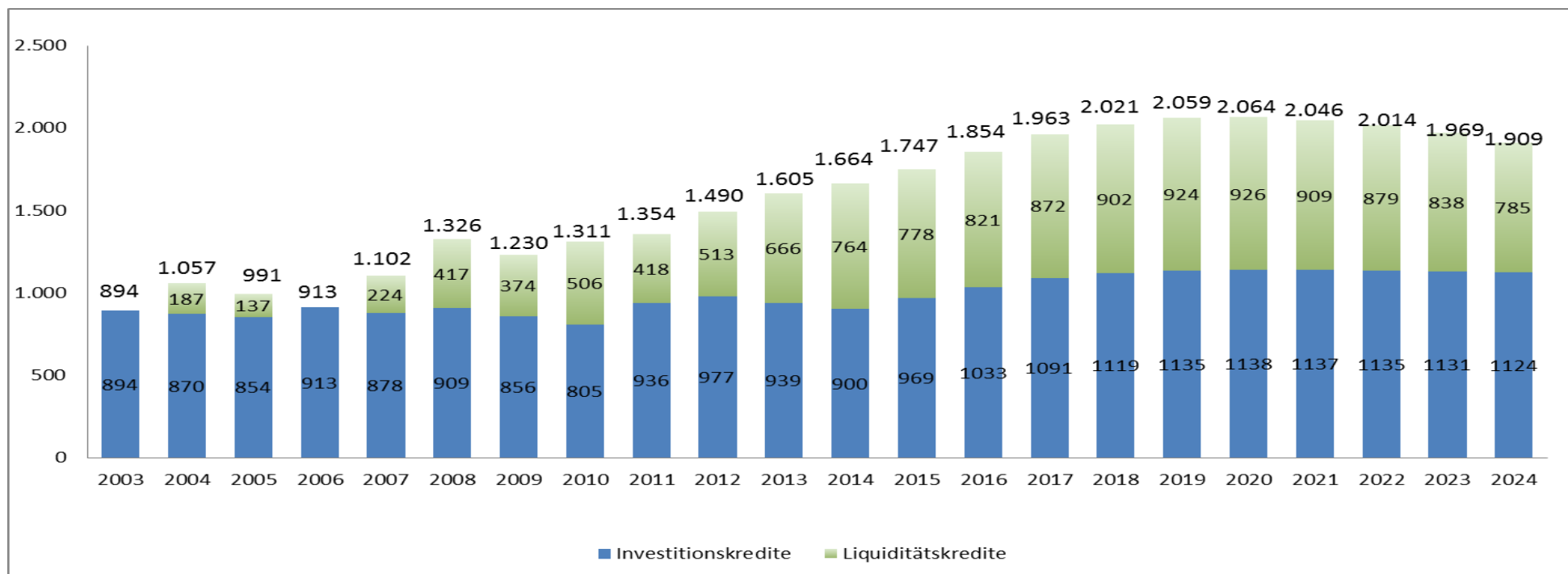
In der nachfolgenden Tabelle ist die Nettoneuverschuldung der Bundesstadt Bonn dargestellt:

Die bereinigt Neuverschuldung des städtischen Haushalts inkl. SGB für investive Kredite beläuft sich für den städtischen Haushalt auf 68,7 Mio. EUR in 2015 und 63,5 Mio. EUR in 2016. Ab dem Jahr 2021 nimmt die bereinigte Neuverschuldung ab.

Ermittlung des Kreditbedarfs für Investitionen und der Nettoneuverschuldung Version 6/999											
		Summe von Plan 2015	Summe von Plan 2016	Summe von FiPlan 2017	Summe von FiPlan 2018	Summe von FiPlan 2019	Summe von Plan 2020	Summe von Plan 2021	Summe von FiPlan 2022	Summe von FiPlan 2023	Summe von FiPlan 2024
	Einzahlung aus Investitionstätigkeiten (FiStl 5*, Fipos 68*)	54.832.499	58.912.073	62.160.995	48.274.001	35.292.565	33.794.407	33.814.271	33.811.241	33.914.408	33.886.866
	zuzüglich weiterer Einnahmen (hier: für WCCB)	29.326.399	12.006.600	0	0	0	0	0	0	0	0
	<b>Summe Einzahlungen</b>	<b>84.158.898</b>	<b>70.918.673</b>	<b>62.160.995</b>	<b>48.274.001</b>	<b>35.292.565</b>	<b>33.794.407</b>	<b>33.814.271</b>	<b>33.811.241</b>	<b>33.914.408</b>	<b>33.886.866</b>
	Auszahlungen für Investitionen (FiStl 5*, Fipos 78*)	199.441.000	186.162.536	177.447.306	134.432.270	109.259.961	97.735.814	94.471.009	96.062.994	96.621.110	95.653.882
	Auszahlungen für Beschaffungen GWG's (aus CO Sako 543180)	5.231.462	2.561.119	2.475.005	2.339.468	1.982.326	1.750.562	1.538.947	1.365.228	1.123.515	771.637
	zuzüglich Darlehensgewährungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	<b>Summe Auszahlungen</b>	<b>204.672.461</b>	<b>188.723.655</b>	<b>179.922.311</b>	<b>136.771.738</b>	<b>111.242.287</b>	<b>99.486.376</b>	<b>96.009.956</b>	<b>97.428.222</b>	<b>97.744.625</b>	<b>96.425.519</b>
<b>I.</b>	<b>Neuverschuldung</b>	<b>120.513.563</b>	<b>117.804.982</b>	<b>117.761.316</b>	<b>88.497.737</b>	<b>75.949.722</b>	<b>65.691.969</b>	<b>62.195.685</b>	<b>63.616.981</b>	<b>63.830.217</b>	<b>62.538.653</b>
	Ordentliche Tilgung (5*/79* ohne Umschuldung)	38.344.298	42.607.092	48.848.322	50.377.812	53.232.062	55.549.312	56.449.912	58.627.012	60.622.512	62.926.712
	Tilgung SGB (Berechnung 20-0)	13.493.000	11.687.000	10.775.000	9.444.000	7.298.000	6.947.000	6.981.000	7.014.000	7.050.000	6.434.000
<b>II.</b>	<b>bereinigte Neuverschuldung (um Tilgung)</b>	<b>68.676.265</b>	<b>63.510.890</b>	<b>58.137.994</b>	<b>28.675.925</b>	<b>15.419.660</b>	<b>3.195.657</b>	<b>-1.235.227</b>	<b>-2.034.031</b>	<b>-3.842.295</b>	<b>-6.842.050</b>
<b>III.</b>	<b>Summe der rentierlichen</b>	<b>31.984.318</b>	<b>30.927.093</b>	<b>28.741.693</b>	<b>27.350.128</b>	<b>26.077.668</b>	<b>28.192.368</b>	<b>26.735.068</b>	<b>26.560.693</b>	<b>26.522.928</b>	<b>27.075.968</b>
	0203 Ergebnis (533++0203*) Märkte	4.000	15.000								
	0221 Ergebnis (537++0221*) Rettungsdienst	676.918	583.693	815.293	834.728	792.268	2.151.968	719.668	545.293	507.528	1.060.568
	1103 Ergebnis (566++1103*) Abwasserbeseitigung	30.473.000	29.808.000	27.106.000	24.645.000	24.375.000	25.615.000	25.615.000	25.615.000	25.615.000	25.615.000
	1303 Ergebnis (568++1303*) Friedhöfe	830.400	520.400	820.400	1.870.400	910.400	425.400	400.400	400.400	400.400	400.400
<b>IV.</b>	<b>Neuverschuldung (bereinigt um rentierl. Investitionen und Tilgung)</b>	<b>36.691.947</b>	<b>32.583.797</b>	<b>29.396.301</b>	<b>1.325.797</b>	<b>-10.658.008</b>	<b>-24.906.711</b>	<b>-27.970.295</b>	<b>-28.584.734</b>	<b>-30.385.223</b>	<b>-31.898.027</b>
	Investitionskredite Stadt zum 31.12.2014 (Berechnung 20-0)	730.259.176									
	zum jeweiligen 31.12. ergibt sich der Schuldenstand in Höhe von	812.428.441	887.626.332	956.539.325	994.659.250	1.017.376.910	1.027.519.567	1.033.265.340	1.038.255.309	1.041.463.014	1.041.074.956
	Investitionskredite SGB zum 31.12.2014 (Berechnung 20-0)	170.127.550									
	zum jeweiligen 31.12. ergibt sich der Schuldenstand in Höhe von	156.634.550	144.947.550	134.172.550	124.728.550	117.430.550	110.483.550	103.502.550	96.488.550	89.438.550	83.004.550
	<b>Stand Investitionskredite Gesamt</b>	<b>900.386.726</b>	<b>969.062.991</b>	<b>1.032.573.882</b>	<b>1.090.711.875</b>	<b>1.119.387.800</b>	<b>1.134.807.460</b>	<b>1.138.003.117</b>	<b>1.136.767.890</b>	<b>1.134.743.859</b>	<b>1.124.079.506</b>
Veränderung der Liquiditätskredite Version 6											
	Liquiditätskredite Stand Stadt zum 31.12.2014	764.000.000									
	Jährliche Veränderung der Liquidität aus der Verwaltungstätigkeit (1*/*)	-24.807.691	1.250.836	1.870.793	-20.842.014	-30.694.855	-53.643.306	-73.595.996	-88.494.979	-101.873.972	-115.914.957
	Zuzüglich ordentliche Tilgung (keine Umschuldung) (siehe oben 5*/79* ohne Ums.)	38.344.298	42.607.092	48.848.322	50.377.812	53.232.062	55.549.312	56.449.912	58.627.012	60.622.512	62.926.712
	Veränderung der Liquiditätskredite zum jeweiligen 31.12. ergibt sich der Schuldenstand in Höhe von	777.536.607	821.394.535	872.113.650	901.649.448	924.186.656	926.092.661	908.946.577	879.078.610	837.827.150	784.838.905
	<b>Gesamtverschuldung (Investitionskredite und Liquiditätskredite)</b>	<b>1.664.386.726</b>	<b>1.746.599.598</b>	<b>1.853.968.417</b>	<b>1.962.825.525</b>	<b>2.021.037.248</b>	<b>2.058.994.116</b>	<b>2.064.095.779</b>	<b>2.045.714.467</b>	<b>2.013.822.469</b>	<b>1.968.728.714</b>

## 6. Verschuldung

Insbesondere die Liquiditätskredite als ein wichtiger Indikator für die Haushaltslage der Stadt zeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht, denn hier steht den Krediten – im Gegensatz zu den Investitionskrediten – kein Anlagevermögen gegenüber. Die Entwicklung geht aus der nachfolgenden Grafik (in Mio. EUR) hervor. Die Gesamtverschuldung steigt bis in das Jahr 2020 bis auf 2.064 Mrd. EUR an und reduziert sich bis 2024 auf 1.909 Mrd. EUR. Die Gesamtverschuldung setzt sich aus den investiven (inklusive der Verschuldung des Städtischen Gebäudemanagements) und konsumtiven Krediten (Kassenkredite) zusammen. Im Jahr 2021 können die Kassenkredite erstmals gegenüber dem Vorjahr um 17 Mio. EUR reduziert werden, da über den städtischen Haushalt Überschüsse erwirtschaftet werden, die zunächst zu 100 % in die Entschuldung eingerechnet wurden. Auch für den investiven Bereich gilt, dass ab dem Jahr 2021 die Nettoneuverschuldung sinkt. Der Vergleich 2014 zu 2024 zeigt, dass ein Schuldenabbau bis 2024 nicht gelingt und man einen langen Atem benötigt, um von dem hohen städtischen Schuldenstand wegzukommen. Dies gelingt nur dann, wenn tatsächlich Überschüsse erwirtschaftet werden.



## 7. Verpflichtungsermächtigung

Der Gesetzgeber hat das bereits in der Kameralistik für den Bereich der Investitionen zulässige Instrument der Verpflichtungsermächtigungen uneingeschränkt in die gesetzlichen Vorgaben der NKF-Haushaltsplanung übernommen. Das bedeutet, neben dem kalkulierten Bedarf für kassenwirksame Auszahlungen können maßnahmenbezogene Ansätze für Auftragserteilungen eingeplant werden. Gerade bei großen Investitionsmaßnahmen, deren Realisierung sich über mehrere Jahre erstreckt, besteht damit hinsichtlich der haushaltsmäßigen Abwicklung mehr Flexibilität. Die Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen belasten zukünftige Haushaltsjahre.

In der Haushaltssatzung 2015/2016 werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 96,8 Mio. EUR festgesetzt. Diese verteilen sich entsprechend der voraussichtlichen kassenmäßigen Abwicklung auf die Jahre

- 2016 mit 46,4 Mio. EUR,
- 2017 mit 39,5 Mio. EUR und
- 2018 mit 10,9 Mio. EUR.

## IV. Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts (Maßnahmen)

Um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen, ist ein „Dreiklang“ zur verantwortungsvollen Neuordnung der Bonner Finanzen notwendig:

- Die Stadt wird sich ab sofort selbst einschränken und zunehmend eigene Sparbeiträge bis zur Höhe von rund 40 Millionen Euro leisten sowie ab 2021 damit beginnen, die enorme Schuldenlast abzubauen.
- Bund und Land werden aufgefordert, die ab 2018 in Aussicht gestellte Unterstützung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte einzulösen, damit die Kommunen die ihnen von dort aus auferlegte Ausgabenlast besser schultern können. Hierdurch wird ab 2020 mit einer zusätzlichen Entlastung von rund 31 Millionen Euro gerechnet.
- Damit das Ziel, keine neuen Schulden mehr machen zu müssen, möglichst schnell erreicht wird, wird drittens, ab 2015 die Grundsteuer B um 150 Punkte und die Grundsteuer A um 75 Punkte erhöht und dadurch Mehreinnahmen in Höhe von rund 20,3 Millionen Euro erzielt.

Voraussetzung für die Genehmigung des HSK ist die Realisierung des Ausgleichs zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der laufende Konsolidierungspro-

zess unbeirrt weiter zu verfolgen. Dabei sind alle Bereiche des kommunalen Handelns in die Konsolidierungsbemühungen einzubeziehen.

Aus diesem Grunde wurden alle Fachämter aufgefordert, die Zusammenstellung der Gemeindeprüfungsanstalt mit allen, rund 800 Haushaltskonsolidierungsvorschlägen der am Stärkungspakt beteiligten Städte und Gemeinden, dahingehend zu überprüfen, ob eine Umsetzung der darin enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen auch in Bonn denkbar wäre.

Die Maßnahmen, die nach der Einschätzung der Verwaltung in Bonn umsetzbar sind, sind Bestandteil der im Bonner Haushaltssicherungskonzept vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen. Siehe hierzu das detaillierte Haushaltssicherungskonzept im Anlagenband.

### **1. Konsumtive Konsolidierungsvorschläge ohne Eingliederungshilfe und Solidarpakt (in Mio. EUR)**

Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
30,8	35,4	39,1	45,1	48,3	54,1	56,6	59,2	60,6	62,2

Die Einzelmaßnahmen werden als Anlage dieses Vorberichtes dargestellt.

### **2. Investive Konsolidierungsvorschläge (in Mio. EUR)**

Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
0,2	5,3	-2,7	0,3	12,0	11,4	11,4	10,6	10,5	0,5

Die Einzelmaßnahmen werden als Anlage dieses Vorberichtes dargestellt.

### **3. Weitere Vorgehensweise**

Die Haushaltssicherungsmaßnahmen stellen Daueraufgaben im Rahmen eines strategischen Controllings dar, die von den Fachbereichen und der Kämmerei kontinuierlich zu erledigen sind. Diese Daueraufgaben werden künftig als solche auszuweisen und dem Finanzausschuss, dem Rat sowie der Kommunalaufsicht regelmäßig zu berichten sein. Hier ist ein entsprechendes fort-schreibungsfähiges Berichtskonzept zu entwickeln. Im Rahmen der jeweiligen Berichterstattung sollen insbesondere zu folgenden Aspekten Aussagen getroffen werden:

- Wie stellt sich die tatsächliche Abwicklung der Haushaltssicherungsmaßnahmen im Haushaltsjahr im Vergleich zum Plan dar?
- Wie wirken sich Veränderungen in den Rahmenbedingungen auf die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes aus?
- Welche Chancen und Risiken bestehen im Hinblick auf die Fortschreibung des HSK?
- Ist die Zielerreichung gefährdet und müssen Gegenmaßnahmen ergriffen werden?